

Zeitschrift: Das Konzept : die Monatszeitung
Herausgeber: Verband der Schweizerischen Studentenschaften VSS
Band: 9 (1980)
Heft: 6

Heft

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 08.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

das Konzept

bücher service Seite 6

Erscheint monatlich Auflage 32 000
Adresse: Weinbergstrasse 31, CH-8006 Zürich, Tel. (0)1 47 75 30
D. Wiener, Postfach, CH-4001 Basel
Tel. (061) 22 41 41
Postfach 1351, CH-3001 Bern
Tel. (031) 25 88 05
Inserate: Inserateverwaltung «das Konzept», Weinbergstrasse 31, CH-8006 Zürich, Tel. (0)1 47 75 30, PC-Konto 80-36651
Abonnemente: pro Jahr Fr. 20.- (Ausl. 26.-), PC-Konto 80-37626

In Zürich kämpft die Jugend wieder für ein autonomes Jugendhaus

Szenen aus der Zürcher Jugendoper

Notiert von der Redaktion «das Konzept»

Am Freitagabend ging's los. Mit Tränen gegen den «tiefstehenden Unmut der Zürcher Jugend». Umgekehrt auch: mit Eiern und Pfastersteinen gegen offiziell verordnete Gummigeschosse und die

Die Diskussion um die Zürcher Ereignisse geht weiter auf den Seiten 13 und 14.

ewige Weihnacht in den Schaufenstern. «Die durch unsere Lebensbedingungen erzeugten Aggressionen sind unberechenbar und kommen in bestimmten Situationen zum Ausbruch. Ein solcher Ausbruch ist nicht organisierbar.» Die Verteidigung dagegen auch nicht – dachte sich offenbar jener Polizist, der sich sicherheitshalber gleich nach dem ersten Einsatz vom Freitag krank meldete. (Obwohl bis anhin nicht herzleidend.)

*Zitate aus der Pressemitteilung des ARF (Aktionskomitee Rote Fabrik)

Wasser allein nützt nichts, stellt die Zürcher Polizei nach diversen Life-Versuchen lakonisch fest. Deshalb hat sie, fin- dig wie sie ist, ihre Spritzwagen umgerü-



Zeichnung: G. Seyfried

stet und kann jetzt mit einem Wasser-Tränengas-Gemisch auf die Demon- stranten losgehen. So wirkt das Gift auch auf die Haut: es ätzt und brennt. Auf der Hornhaut ist es noch viel schlimmer. Die Folgen von Tränengaseinsätzen werden zwar bei uns kaum untersucht. (In einer französischen Dissertation konnte kürzlich nachgewiesen werden, dass allein in Frankreich in den letzten 12 Jahren 35 Personen an Tränengas erblindet sind.) Was «man» aber weiss: Die Zürcher Polizei hat Chloracetophenon (CN) ver- sprüht. Alle Tränengase der Gruppe chlorierte Kohlenwasserstoffe (CN ge- hört dazu) sind krebserzeugend...

Am Strassenrand der «80er»-Demo ste- hen «alte 68er». Der Lange mit der klei- nen Brille meint: «Jetzt sollte man mit dem Töff die Bahnhofstrasse rauf und runter ein paar Scheiben bei den Banken einschlagen; mal sehen, was die Schmier dann macht...» Der Dicke nimmt zur Antwort die Pfeife aus dem Mund: «Das sollen die Spontis selber machen, die könn- en von so etwas politisch doch nicht profitieren!»

Wie aus noch unbekanntem Quellen zu erfahren war, sehen sich die städtischen

Verkehrsbetriebe von Zürich, die VBZ, einem gerichtlichen Verfahren wegen «Aufrufs zur öffentlichen Zusammenrot- tung zwecks Begehung von Gewalttätig- keiten (auch Landfriedensbruch ge- nannt)» gegenüber. Die VBZ waren es nämlich, die am Freitagabend kurz nach 23 Uhr statt des unverfänglichen «Lei- stelle: Zeitanzeige...» stadtwweit die Mel- dung verbreiteten, das Bellevue sei ge- sperrt. Damit wurden potentielle Inter- essenten geradezu auf die Demonstra- tionsgelegenheit aufmerksam gemacht. Wichtige Fragen in diesem Zusammen- hang sind jedoch noch offen und hängen nicht zuletzt von gewissen Revisionen des schweizerischen Strafrechts (Stich- wort: «Terroristengesetze») ab.

Opernhausdirektor Drese hatte für sein bekleckertes Opernpublikum gleich einen dramatisch wirksamen Zweizeiler bereit: «Wenn die alternative Kultur so auftritt, dann ist sie für uns keine Alternative.» Dem entgegenste das Neumarkt-Ensem- ble in ebenso schlagfertiger Prosa: «... als ob es darum ginge, Herrn Drese eine Alternative zu bieten.»

Vor drei Jahren stimmte das Zürcher- volk für ein Kultur- und Freizeitzentrum in der stillgelegten Roten Fabrik. Heute belegt das Opernhaus 3000 m² (30 Pro- zent!) der Nutzungsfläche und hat grund- sätzlich auch das Mietrecht auf die grosse Aktionshalle. Wenn diese nicht gerade von der Präsidialabteilung anderweitig an den Kulturkommerz vergeben wird. Daneben beheimatet die Rote Fabrik vorübergehend auch Gewerbetreibende (15 Prozent der Nutzungsfläche): einen Kunstliebhaber, der so viele Gemälde besitzt, dass er sie nicht alle in eigenen Keller unterbringen kann, einen Kleider- Einkäufer und – einen Pneuhandler. Nun ja, über die Bedeutung des Rades für die Kultur ist schon genug geschrie- ben worden.

Der Zürcher Jugendoper aus Auflage- gründen nicht ganz abgeneigt, musste der «Blick» nach schon feste draufbau- en, wenn man ihm die Entrüstung des Staatsbürgers (ebenfalls aufgeföh- dernd!) nicht abnehmen sollte. Luchsinger, Chef vom «Sonntagsblick», pro- biert's im 1.-August-Stil: «Intoleranz und Gewalt – damit bedienen sich die Demon- stranten genau jener Mittel, die den



Zürcher Kulturpolitik.

Peggy Parnass über Vergewaltigung: Der Angriff auf die Seele	Seite 3
Diskussion: Der Kuba-Sozialismus	Seite 4
Bildergeschichte aus der Wirtschaft: Woran erkennt man Kapitalisten?	Seite 5
WK nach Dienstreglement 80 «Überhaupt weht ein rauherer Wind»	Seite 7
Droht eine neue Wohnungsnot? Die Unwirtlichkeit der Städte	Seite 9

Schweizer auf die Barrikaden treiben.» Gewaltlos selbstverständlich – wenn überhaupt. Vielleicht hat Luchschi doch nur Balustraden gemeint.

Ist's diesmal der Konsum, der seine Kinder frisst? Kaum hatte die Jugend mit Steinwürfen gegen die allzu geschäfts- tüchtige «Jugendkultur» protestiert, dra- pierien die Schaufensterdekorateure der getroffenen Läden Glasscherben und Geschosse zu einem hübschen Fenster. Nun präsentieren sich die besonders teuren Anti-Bünzli-Klamotten an einem Ort rund um Hängematte und Nichtstun («Nur weg von allem»), und gleich im Laden nebenan suggerieren die sorgfäl- tig hingelagerten Scherben: «Hi folks, wir sind dabei.» Verkauft sich offenbar bei- des bestens.

Informationsmeeting der Jugendlichen «am Dienstag danach» auf dem Hir- schenplatz in Zürich. Eine ältere Frau spricht durchs Megaphon: «Ich war schon immer für die – wie sagt man – Linken, die haben, wie soll ich sagen, oft neue Ideen gehabt. Aber ich habe eine Sorge: Bitte schlagt nicht die Scheiben meines Ladens ein. Es ist gleich der erste um die Ecke. Danke.»

Die Bürgerlichen und die Bieder-Braven wären nicht die einzigen, in deren Köp- fen die Jugendwut Verwirrung stiftete. In die Galerie der Verunsicherten reihten sich auch manche Politstrategen der Leninschen oder Trotzkschen Erblinie ein. Am ersten Krawallsonntag wurde ein Linksparteien-Redner ausgepiffen, welcher sein Votum mit einem forsch- en «Genossen!» einleitete. Die falsche Platte aufgelegt hatte auch jene Politgruppe, welche aus ihrem Lautsprecherwagen heraus die Demonstranten vor dem U- Haft-Gebäude mit Brechts «Arbeiterin- heitsfront» anfeuern wollte. Sie hätte wohl besser den Punk-Scherben «No Feelings» aufgelegt. An der Versamm- lung im Volkshaus vom 4. Juni wurde von einem Reisenden in Sachen CH-Re- volution die «Einheit der werktätigen Be- völkerung gegen die Fabrikherren» be- schworen. Er musste soviel Buh's einste- ken, dass er seinen Einheitsfaden verlor. Überhaupt: Wer darf laut reden? – Als am Krawallsonntag (1. Juni) ein Mega- phon zur Verständigung über das weitere Vorgehen fehlte, knüpften zwei Links- gruppen die Herausgabe ihrer «Laut-

Die Aktion: Sie haben die Wahl!



Photomontage: Johannes Marx

sprecher» an die Bedingung, im Namen ihrer Organisation reden zu können! Ein Megaphon war schliesslich doch zur Hand – ausgeliehen von der Polizei.

Mittwoch, 5. Juni, im Zürcher Volks- haus. Stapi Widmer gibt sich väterlich besorgt. (Schon in der Wochenend-Ta- gesschau gab er bekannt, dass gute Väter auch ihre ungeratenen Kinder lieben.) Diesmal ging's um das leibliche Wohl der Jugendlichen. Er könne ihnen das Haus an der Limmatstrasse 18/20 (das die Jun- gen als Rote-Fabrik-Ersatz «ab sofort» forderten) unmöglich im jetzigen bau- lichen Zustand zumuten*. «Es könnte ja sein, dass einer aufs Gladschad steigt und dann 4 Meter abstürzt. Das kann ich nicht verantworten.» Schon gar nicht zu- sätzlich zum Polizeieinsatz mit Trän- gas und Gummigeschossen.

* Die mit Nachdruck vertretenen Forderungen der Jugend haben dem Stadtrat offenbar Beine gemacht. An der diesmal vorwiegend gewaltlosen Demo vom zweiten Wochenende (6./8. Juni) wurde «die Lim- matstrasse ab 23. Juni versprochen (und erst noch die Rote Fabrik über das ganze Wochenende für Diskussionen, Konzerte... zur Verfügung ge- stellt). Ob ein a u t o n o m e s Jugendzentrum tat- sächlich in Griffnähe liegt?

Auch Väter können kindisch sein. Sigi jedenfalls ist aus dem Petzalter noch nicht heraus. Wie sonst käme es dazu, dass Erziehungsdirektor A. Gilgen so prompt vom Krawall-Dokumentations- film, den eine Gruppe von Ethnologie- studenten im Volkshaus zeigte, Kenntnis nahm? (Was bei ihm soviel heisst wie «un- begründetes Vorführungsverbot».) Eth- nologieprofessor Löffler plus Assistent wurden unverzüglich vor ihren Arbeitge- ber zitiert. Der neueste «Fall Gilgen»? Jedenfalls eine neue Gruppe von Stude- nten, die sich unter dem Namen FFU (Für eine freie Uni) gegen eine solche Bevor- mundung wehrt.

Wer soll das bezahlen? – Die wichtigste aller Fragen, die nach dem Scherben- tag über Zürich schwebte, wurde bald einmal in ruhestiftender Weise beant- wortet: Unsere Versicherungen wissen, was sie gegen den hohen Puls der Ge- schädigten verschreiben müssen: Sie zah- len! (Trotz der «Unruheklausel», mit welcher sie sich eventuell hätten drücken können.) Ob sie allerdings so prompt und einfach zahlen, wie sich dies der Opernhaus-Direktor schon am Krawall- freitag ausgedacht hatte, ist nicht klar: Er hatte in der Pause sein beklecktes Publikum aufgerufen, Rechnungen für Reinigung und Wiederinstandstellung von Kleidern doch einfach ans Opern- haus einzuschicken. Man werde um Be-

gleichung bemüht sein... Am kulanten Zahlungsbeschluss freuten sich sicher auch all jene, welche ihren alten Rost- klepper noch rechtzeitig in die «Gefahr- zone» am Limmatquai hatten bringen können.

Auf der Suche nach der Scherbenlogik. Die glasklaren neuen Scheiben des Ge- bäudes der «Neuen Zürcher Zeitung» bleiben – bis auf eine – ganz. Existiert dieses Kampfblatt des Bürgertums für die Jugendlichen gar nicht, oder sind seine Scheiben bruchsicke? Das legendäre «Odeon», einst Zentrum der politisch und künstlerisch engagierten Zürcher Ju- gend, heute von cleveren Umsatzstrategen in ein lässig-schickes Modestübchen für verhinderte Côte-d'Azur-Wallfahrer heruntergewirtschaftet, wurde mehrmals intensiv behandelt. Das liegt wohl nicht an der zentralen Lage des «Odeons» allein. Verschiedene Modeboutiquen, die auf dem neuen Freak-colour-Trend ab- fahren, blieben hingegen ganz, obwohl ja gerade sie auf diese Weise den Ju- gendlichen das (knappe) Geld abknöpfen. Auch die ganze Edel-Ecke am Rüd- enplatz war nicht bevorzugtes Ziel der Ag- gressionen, obwohl sie speziell für ju- gendliche Habewasse eingerichtet wur- de: für die Eingeflippten, welche als Kompensation für frustrierende Arbeit wenigstens einen anständigen Zapfen heimstemmen – um ihn in besagter Am- biance stivoll wieder abzuladen. Ver- schont wird auch der zwischen Bouti- quen liegende Eingang der «Dow Che- mical», welche das Napalm für den Viet- namkrieg herstellte (so schreibt «tell»). Der Vietnamkrieg liegt weit zurück...

INSERAT

EUROTRAIN

Fahren im Zug.
Sparen im Zug.

- bis zu 50%
- bis 26 Jahre
- 280 Destinationen in 23 Ländern

Verlang den Sonderprospekt mit allen Preisen: Tel. 01/242 30 00

SSR-Reisen
Postfach, 8023 Zürich

Vergewaltigung hat nichts mit Lust zu tun

«Das Schrecklichste ist der Angriff auf die Seele»

Von Peggy Parnass

Um es vorwegzunehmen, ich hab' mir den Film «Der Schrei aus der Stille» (vgl. Kasten) angesehen. Einen Film über Vergewaltigung.

Es ist mir immer etwas schwer gefallen, an Vergewaltigungen zu glauben. Ich bin fast immer erst mal misstrauisch gewesen, wenn ich von einer Vergewaltigung hörte. Dachte dann, eine Frau, die wirklich wehrt, kann keiner vergewaltigt werden. Dachte daran, dass die Male, wo man versucht hat, mich zu vergewaltigen, für den Mann erfolglos verliefen, weil ich mich sehr heftig gewehrt hab'.

Erinnere mich daran, dass ein Mann mal sagte: «Du solltest bluten, du Sau, und nicht ich», als ich ihn zerbrissen, zerkratzt und durch Schläge verletzt hatte. Ein anderer, der sich fluchend krümmte, weil ich ihn in die Eier getreten hatte, war auch nicht sehr froh.

Inzwischen weiss ich schon lange, dass es Arten der Vergewaltigung gibt, gegen die man sich nicht wehren kann, weil die Angst einen lähmt. Wo Waffen im Spiel sind, wo mit Drohungen gearbeitet wird, wo ein Messer hingehalten wird, wo Todesangst den Hilfeschrei erstickt.

Wenn ich in Zeitungen las oder hörte, dass eine Vergewaltigung über Stunden ging, vielleicht sogar über Tage, hab' ich gar nichts mehr geglaubt. Weil ich mir nicht vorstellen kann, dass jemand so stark ist, dass er immer wieder und noch mal und noch mal eine Frau niederhalten und vögeln kann, die nicht will. Oder wenn zwei Frauen im Spiel waren, dass das überhaupt möglich ist. Wieso hilft dann nicht eine Frau der anderen? Vielleicht auch wegen der Tatsache, dass ich so viel von Liebe und Lust halte, so viel von Zärtlichkeit und Sex und so wenig von Brutalität, dass sich meine Phantasie prompt da ausschaltet, wo es mir widerlich wird.

Dieser Film nun, «Schrei aus der Stille», hat meinen Mangel an Vorstellungsvermögen durchbrochen. Ich hab' dazu gelernt. Es wurde mir etwas gezeigt, was mir klarmacht, was wirklich Gewalt ist. Eine Gewalt, die wirklich nichts mit Lust zu tun hat. Auf Seiten der Frau schon gar nicht, aber nicht mal auf Seiten des Mannes. Eine Vergewaltigung, die nichts zu tun hat mit Liebemachen, sondern ausschliesslich mit Hass-Ausleben.

Was ich mir nicht vorgestellt hab', ist, dass die Vergewaltigung nicht mit dem Schwanz stattfindet, über Stunden und Tage. Sondern fast mühelos über eine fast unbegrenzte Zeit gehen kann, indem Frauen gefesselt, geschlagen, beleidigt, gedemütigt und, wie hier im Film z. B., auch angepinkelt werden. Also alles Dinge, die die Manneskraft nicht lahmlegen, die Frau aber total entwürdigen.

Gewalt - keine Lust? Da muss ich vergessen haben, dass zahllose Sexualkrüppel dafür sorgen, dass Sado der Hit aller Sexmessen und -keller ist. Hier, in England, in Amerika, wo immer man hinkotzt. Eine ganze Schweine-Industrie lebt gut davon.

Inzwischen weiss man selber, was in einer Frau, die vergewaltigt wird, vorgeht. Weil man durch das, was man an sich selber miterleben meint, weiss, was in ihr zerbrochen worden ist. Weiss, was es heisst, seiner Würde beraubt zu sein. Begreift, dass die Scham der Frau, nicht die des vergewaltigenden Mannes, einsetzt mit der Vergewaltigung. Verkehrte Welt! Eine Scham, so entsetzlich, dass zahllose Frauen von einer Anzeige absehen und nicht mal mit ihren engsten Verwandten über die Vergewaltigung sprechen können. Eine Scham, so

sah. Das wehrlose Kind mit den zu ihm gehörenden jungen und alten Frauen um sich herum. Frauen, denen Leid, Mitleid und Trauer im Gesicht geschrieben stehen. Die gleichzeitig, dem Kodex gehorchend, offensichtlich gezwungen sind, das kleine Mädchen festzuhalten, während die Beschneidung ohne Betäubung erfolgt. Mir wurde ganz schlecht.

Ich weiss, dass seit einiger Zeit in der Presse und innerhalb der Frauengruppen heftige Kämpfe mit Strafverteidigern entbrannt sind. Strafverteidiger, die der Vergewaltigung Angeklagte verteidigen. Was nicht das Gleiche ist wie Gewalt in Schutz nehmen. Das scheint man zu wechseln. Da muss ich sagen, dass es dumme wäre, davon auszugehen, dass in jedem Fall alle Frauen die Wahrheit sagen. Es muss untersucht werden, ob der beschuldigte Mann es wirklich war, ob es

etwas aus jungen Mädchen gemacht. Eher im Gegenteil. Für die Kinder, dachte ich, wäre es vielleicht schön. Im Wagen allerdings, knöpfte sie plötzlich ihre Bluse auf. Ich sagte: «Mein Kind, nun mach mal Deine Bluse schön wieder zu.» Sie fing auch an, mich anzufassen. Ich sagte: «Du wirst doch nicht wollen, dass ich einen Unfall baue. Lass das jetzt sein.» Ja, ich weiss, man sieht das diesem Mädel hier nicht so an. Sie macht ja vor Gericht einen sehr ordentlichen Eindruck. Ich war auch sehr überrascht. Sie schien sehr verärgert zu sein, weil ich nicht auf ihre Wünsche und ihre Angebote einging. Darum hab ich sie dann auch nicht bei mir arbeiten lassen.» Das Mädchen weinte.

In diesem Fall konnte das vergewaltigte und auch noch in aller Öffentlichkeit so beleidigte und lächerlich gemachte Mädchen von Glück sprechen, dass um den gleichen Dreh herum dem Familienvater nachgewiesen werden konnte, dass er sich auch an andere junge Frauen mit Gewalt herangemacht hatte. Er wurde zu viereinhalb Jahren verurteilt. Aber es ist immer schwierig, wenn man weiss, dass nur einer von zweien die Wahrheit gesagt haben kann und beide mit so ehrlichen Augen aus ehrlichen Gesichtern in die Runde gucken.

In den Pseudo-Gerichtsszenen im Film wird plötzlich auch ein ganzer Haufen traurig dreinblickender Kinder gezeigt. Sie werden alle als Opfer ihrer vergewaltigten Verwandten vorgestellt. Sollen also alles kleine Kinder sein aus Heimen und Anstalten, die von Vätern, Brüdern, Cousins und guten Onkeln vergewaltigt und dann von zu Hause entfernt wurden. Eine junge Frau erzählt emphatisch, dass ihr Vater, den sie, bis sie zehn war, über alles geliebt hatte, der ihre Sonne war, ihr ein und alles, der ihr alles gab - ihr alles wieder nahm, indem er sie vergewaltigte. Das ist eine Geschichte, die ich nicht glauben kann. Weil ich sicher bin, dass jedes Kind, das so sehr an jemandem hängt, nicht vergewaltigt werden muss, sondern ganz leicht zu verführen ist. Vorausgesetzt, ihm werden nicht Schmerzen zugefügt. Und warum sollte ein Vater, der sein Kind so liebt, brutal vorgehen? Geht ja auch anders. Da spielen für mich sowieso Gedanken eine Rolle wie Inzestparagrafen, die ich gern abschaffen möchte. Ich glaube nicht, dass Kinder zu Schaden kommen, nur weil sie zu Hause geliebt werden, auch körperlich. Sondern, dass sie meistens erst zu Bruch gehen, wenn sie als Zeugen vor Gericht aussagen müssen gegen jemanden, den sie lieb gehabt haben und der ihnen dann als Verbrecher präsentiert wird. Das ändert doch nichts daran, dass Gewalt an Kindern strafbar bleiben muss. Spätschäden verführter Kinder

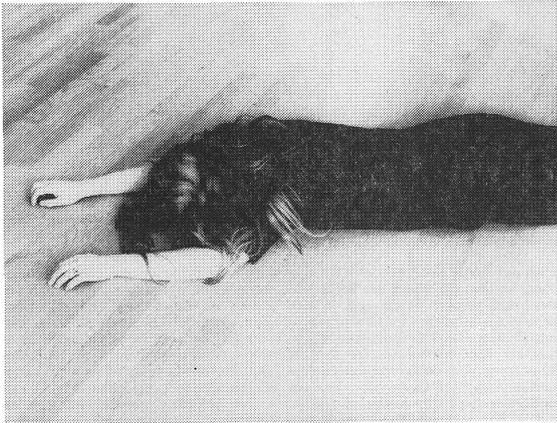


Foto: Gertrud Vogler

schlimm, dass sich die Frau danach nicht nur vor Männern, sondern auch vor sich selber ekelt. Eine Scham, die auch oft zu Selbstwängeln führt.

Ich habe oft meine kleinen Witze gemacht. z. B. Dinge gesagt wie: «Alle werden vergewaltigt, Blinde, Lahme, 98jährige - was mach' ich denn falsch?» Und, ja, den Gedanken an Vergewaltigung mit einem kleinen Gedanken an Lust gekoppelt. Mitkriegend, wie überfordert immer gerade der Mann ist, den wir am meisten begehren, und in einer Welt lebend, überall überwilliger Mädchen, allzeit bereit, fiel es mir schwer zu glauben, dass Vergewaltigungen überhaupt notwendig sind. Wissend, dass die meisten Männer von irgend jemandem oder sogar von mehreren geliebt werden. Nur ist es so, dass vergewaltigende Männer ja nicht die Bereitwilligkeit begehren, sondern den Widerstand, die Panik, die Todesangst.

Wunschtraum? Vergewaltigung als Wunschtraum? Von uns Frauen? Was wir uns sicher wünschen, ist, von dem Mann, den wir selber stark begehren, heftig genommen zu werden. Unmissverständlich. Mitzukriegen, dass auch wir heftig begehrt werden. Von gerade diesem Mann. Was es mit Sicherheit nicht heisst, ist, von einem Wildfremden, den wir uns nicht ausgesucht haben, überwältigt und missbraucht zu werden, total entmacht, unserer eigenen Entscheidung beraubt. Nicht das Eindringen des Schwanzes ist das Schrecklichste, sondern der Angriff auf die Seele.

Neulich gab es einen Mann, der freigesprochen wurde, weil er impotent ist. Obwohl klar war, dass die Frau nicht log. Impotent ist so mancher Vergewaltiger. Allerdings im Laufe einer Vergewaltigung vorübergehend potent, da allein das, was er an Entsetzen auslöst bei einer Frau, ihn anregt.

Ich muss schon sehr dumm sein. Denn mir hätte immer klar sein müssen, dass es bei Vergewaltigungen nicht um Sinnlichkeit geht, sondern um Macht. Dass es bei Vergewaltigungen um die gleiche Geschichte geht wie bei Missbrauch und Macht-Gelüht auf allen anderen Gebieten auch.

Gewalt. - In dem Film wird auch die Beschneidung eines kleinen Mädchens gezeigt. Ich weiss, dass zurzeit Frauen hier und in anderen Ländern aktiv sind, um solche Unsitten abzuschaffen. Ich hatte mir aber auch nie davon 'ne richtige Vorstellung machen können. Bis ich diese offensichtlich authentische, dokumentarische, gruselige Filmaufzeichnung

überhaupt einen Täter gibt. Zumindest habe ich in allerlei Gerichtsfällen mitgekriegt, dass Verwandte, Eltern von Minderjährigen, ein Verlobter oder Ehemann Anzeige erstatteten. Weil das Mädchen oder die Frau aus Angst vor Strafe, bei Schwangerschaft, Geschlechtskrankheit oder nur beim Zuspätkommen nach Hause, eine Vergewaltigung vorkaukte. Leider auch noch mit Angabe eines bestimmten Mannes. Solche Geschichten fliegen meistens erst im Prozess auf.

In dem Film wird an einer Stelle ganz richtig gesagt, wenn einer einen Schlag auf den Kopf kriegt, haut man nicht noch mal drauf, um zu wissen, ob es ihm wirklich weh tut. Nach einer Vergewaltigung wühlt man weiter rum in Körper und Seele. D. h., der Arzt kommt dran, muss ja dran. Nun, es ist schuesslich. Es müssen Aufnahmen gemacht werden von den Verletzungen, von den Prellungen. Schuesslich, wenn ein junger Fotograf alle Intimbereiche knipst. Die Vernehmungen, die fast immer an Misstrauen gekoppelt sind, müssen schier unerträglich sein. Hat eine Frau aufgrund der Drohungen stillgehalten, sind keine Verletzungen am Körper zu entdecken, wird fast immer vorausgesetzt, dass sie eigentlich gern mitgemacht hat. Trotzdem; man muss Schuld oder Unschuld feststellen, bevor man urteilt.

Es ist leider häufig sehr schwer, einen angezeigten Mann zu überführen. Ich meine jetzt jemanden, der tatsächlich die Vergewaltigung begangen hat. Oft ist es erst möglich, wenn er beim vierten oder fünften Mal über jemanden stolpert und unmissverständlich verurteilt werden muss. Erst dann stellt sich raus, dass die Male vorher, als man ihm nichts nachweisen konnte, wo er vielleicht überlegen, weltmächtig stand und das Mädchen noch lächerlich machte, gekonnt log.

Ich hab neulich so einen Fall erlebt. Ein Mann suchte angeblich für seine Familie ein Kinder mädchen. Eine Schülerin von 16 fur hin, aufs Land, stellte sich vor. Sie wollte einen Ferienjob haben, wie schon öfter vorher. Der Mann bot an, sie nach Hause zu fahren und vergewaltigte sie unterwegs. Im Gericht war lange unklar, wer von den beiden nun die Wahrheit sagt. Er war ihr erstmal so überlegen, spielte den Ehrenmann, sagte: «Wissen Sie, ich mach mir nichts aus so jungen Dingern, wirklich nicht, das können Sie mir glauben. Ich bin ungewöhnlich glücklich verheiratet.» Seine Ehefrau sass hinten im Zuhörer Raum und freute sich, das zu hören. Er sagt: «Ich hab mir eigentlich noch nie

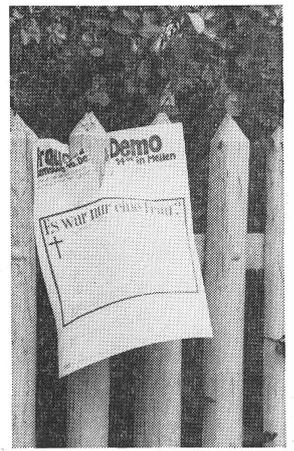


Foto: Gertrud Vogler

würden wegfallen, sobald mit gesellschaftlichen Tabus aufgeräumt würde.

Es gibt sicherlich allerlei robuste Frauen, Gott sei Dank, die nach einer Vergewaltigung weiterleben, die weiter ihrem Beruf nachgehen können. Sicher auch viele, die nach einer Vergewaltigung noch in der Lage sind, zu lieben. Aber es gibt sicher sehr viel mehr Frauen, in denen die Liebesfähigkeit auf immer getötet wird durch so ein Erlebnis. Denen die Lustbereitschaft abhanden kommt. Die nach einer Vergewaltigung auch in dem eigenen Mann nur noch den Vergewaltiger sehen können, weil jede Umarmung sie wieder an die Gewaltsituation erinnert.

Gefolterte sind nie mehr dieselben. Vergewaltigte auch nicht.

Was man tun kann, um Frauen zu schützen, weiss ich nicht. Ich weiss nur, dass dafür genausoviel getan werden muss wie dafür, von legalen Übergriffen an Arbeitsplätzen, von Vermietern, von Polizei, von Justiz, von Regierungen, von idiotischen Bestimmungen, von Bevormundungen, von krimineller Ausbeutung und Gewalt auf allen Gebieten zu schützen.

Im Film wird auch der grössere Zusammenhang gezeigt. Der Frau steht z. B. nachdem sie sich zum x-ten Mal übergeben hat, vorm Spiegel. Ihr Mund öffnet sich im Schrei, einem Schrei, der sich fortsetzt und durch Dokumentarisch und Wochenschaubilder illustriert wird. Ich habe plötzlich den Eindruck, dass ihr Schrei der Schrei ist, der durch Millionen Frauenmünder in der ganzen Welt ausgestossen wird. Gegen Waffen, Brandbomben, Vertreibungen, Misshandlungen, Folter. Während dieses Schreis wird auch die Wehrlosigkeit, die weltumspannende Wehrlosigkeit, überdeutlich.

Im Kleinen sind wir die Opfer der Opfer. Im grossen die Opfer der Multis.

Peinliche Reaktionen

mit. Der franko-kanadische Film «Der Schrei aus der Stille» von Anne-Claire Poirier wurde an den Berliner Filmfestspielen im Februar zum ersten Mal im deutschen Sprachraum aufgeführt und hat seither in der Frauenbewegung der BRD heftige Diskussionen ausgelöst. Der Vergewaltigungsfilm wurde in den meisten grösseren Städten gezeigt; die Kinos sollen ständig ausverkauft gewesen sein. (Bei uns wird der Film vielleicht im Herbst zu sehen sein. Verhandlungen mit einer Verleih-Firma sind jedenfalls im Gang.) Fast gleichzeitig erzielte die Video-Produktion «Prozess wegen Vergewaltigung» in Italien die Gemüter: Endlich soll die Öffentlichkeit wahrnehmen, dass Vergewaltigungen alltäglich sind. Ob dies mit dem «Schrei aus der Stille» erreicht werden könne, darüber stritten sich die Befürworterinnen und Gegnerinnen des Films recht worgewaltig.

Die Filmrezension im Berliner Magazin «tip» - aus der wir den allgemeinen Teil über Vergewaltigung dokumentieren - hat Peggy Parnass sogar die Ehre erbracht, als erste Frau zum «Pascha des Monats» in der «Emma» erkoren zu werden: Es ist hart, Schwester, aber einmal muss es sein.» Musste es wirklich? Weil («Emma»-Frau sich mit der Passage «Was wir uns sicher wünschen, ist, von dem Mann, den wir selber stark begehren, heftig genommen zu werden» nicht einverstanden erklären konnte und schon gar nicht mit dem Postulat, den Inzestparagrafen abzuschaffen. Drum wurde P. P. ernannt, in Zukunft doch bei ihren Gerichtsreportagen zu bleiben und sich nur ja nicht mehr zum Thema Frauen und Sexualität zu äussern (Schuster, bleib bei deinem Leisten). Als ob es ihr dabei nicht immer a u c h um diese Themen gegangen wäre.

Gefreut hat man sich wenigstens beim «Spiegel»: Mit dem Bild der zänkischen Feministinnen war das Problem wieder mal hübsch auf ein dummes Vorurteil reduziert.



Einen ganz besonderen Werbegang hat sich der Autokonzern General Motors (GM) einfallen lassen: beim Kauf eines GM-Wagens (Chevrolet, Opel) soll, wie in Inseraten zu lesen ist, der Käufer ein wunderbares «Privatgeschenk» erhalten. Und was hat der Schweizer lieber als baren Geld? Darum soll er gleich nach dem Kauf einen Scheck über tausend Franken ins Haus geschickt erhalten: «Vielleicht kaufen Sie sich zu Ihrem neuen eleganten Wagen einen ebenso eleganten neuen Anzug.» Nach besser wäre allerdings, gleich zwei Wagen zu kaufen: dann kriegte man ja zweitausend Franken, zwei Anzüge oder drei ...

Seit dem Atomunfall in Harrisburg ist der Traumjob eines Reaktoroperators nicht mehr so gefragt. Dem will jetzt die britische Vereinigung der Nuklearen Ingenieure abhelfen, indem sie auch für diesen an sich männlichen herben Beruf auf die Frauen zurückgreift: Ein «Nuclear Pin-up Girl» soll fortan um die lustlos gewordenen Jungs werben. Nur wer bereit ist, sich bis auf den (nackten) Kern entblößen zu lassen, kann sich an dieser «Miss Atom» Wahl beteiligen. Kontaktadresse: Institution of Nuclear Engineers, 1 Peterly Road, London SE 6.

Die britische Premierministerin Thatcher hat Anfang April ein neues Verteidigungswiesbuch vorgelegt. Danach soll neben der Entwicklung von neuen Nuklearwaffen und der Wiederausrüstung mit Giftgasen und biologischen Kampfmitteln auch der Waffendienst für britische Frauen eingeführt werden. Hoffentlich finden es die Betroffenen in diesem Fall

wichtiger, kritische Fragen als ihren Mann zu stellen.

Nico, der gewitzte und superproduktive Karikaturist («Tages-Anzeiger»), gibt in einer Zürcher Galerie einen Einblick in sein vielfältiges Schaffen: Neben den Karikaturen findet man da auch Gemälde und Geformtes, immer sind es Köpfe der (Zürcher) Polit-Prominenz. Auf einer Collage erblickt der genervte Seher auch Niklaus Meienberg, liebevoll gerahmt wie alle anderen Bilder, in Reih und Glied eingehängt. Doch das hielt er nicht lange aus: Über Nacht hat er sich losgemacht und ging an' Boden und kam zu Schaden. Manche meinen, das hänge damit zusammen, dass Muschg in einer Vorlesung Meienberg mit Kleist verglich, eine Ehrung, die denn doch auch dem lieben Niklaus zu dick erschien.

Lieben Sie's männlich? Oder noch männlicher? Und sind Sie's auch? - Wenn nicht, hilft Ihnen das neue Parfum «Macho» nach. Denn «Macho» ist männlich! (Inseriert ist es in einer ebenfalls männlichen Zeitschrift, dem «Pennerhaus».)

SP-Bundesrat Willi Ritschard hat es seinen Kollegen gleichgetan und sich einen «persönlichen politischen Berater» zugelegt. Das Bedürfnis nach kundigem Rat kam nach dem Wechsel ins Finanzdepartement. Dieses war Ritschard von Furgler aufgeschwätzt, wenn nicht gar aufgezogen worden. Denn: Die SP, bis zu den Wahlen 1979 immer wieder gegen Spar- und Finanzpakete auf dem Buckel der Kleinen, musste neutralisiert werden. Ritschard selber ist jetzt noch einen Schritt weitergegangen: An die Kantare nehmen will er vor allem die SP-Linke, die sich seit je gegen Mehrwert- und andere Konsumsteuern gewehrt hat. Als «Berater» steht ihm deshalb neu einer der prominentesten linken SP-Kritiker der bundesrätlichen Finanzpolitik, Peter Hablützel, vormals Mitarbeiter am Berner Gruner-Institut «für schweizerische Politik», zur Seite.

Kuba – der «real existierende Sozialismus» und seine Desillusionierung

Von Bernard Cassen*

Paradoxerweise finden die Ereignisse in Kuba nicht in einer Phase der Spannung und der «Verhärtung» statt, sondern im Gegenteil zu einem Zeitpunkt, wo sich auf verschiedenen Ebenen etwas «bewegt». Die Regierung hatte in der Tat mit einer Politik der Öffnung begonnen, deren Kühnheit man vielleicht schlecht abgeschätzt hat. Diese Öffnung erfolgte in mindestens zwei Richtungen: einerseits gegenüber der «kubanischen Exilgemeinde» (das ist die neue offizielle Bezeichnung für jene, die man früher als «gusanos» [Würmer] beschimpfte), andererseits in Bezug auf das wirtschaftliche und soziale System, indem man zur Kritik ermunterte.

Folgen im Innern

Nach den ersten Kontakten mit Vertretern der Exilkubaner Ende 1978 beugte die Regierung bekanntlich beinahe alle politischen Gefangenen (Gewaltverbrecher waren von dieser Massnahme ausgeschlossen), und vor allem gestattete sie die Einreise von Mitgliedern der «Exilgemeinde», welche einen Besuch aus familiären oder touristischen Gründen wünschten. 115 000 kamen 1979, brachten ihren Familien und Freunden tausendenden Produkt der amerikanischen Konsumgesellschaft als Geschenk mit und weckten damit materielle Erwartungen, welche die asketische kubanische Gesellschaft nicht befriedigen kann. Letztlich verfehlt diese Politik der nationalen Aussöhnung die erhoffte Wirkung auf die Normalisierung der Beziehungen zu den Vereinigten Staaten, und zwar wegen des Wiederanwachsendes des kalten Krieges. Dagegen zeitigte sie tiefstürfende Folgen im Innern: Sie machte die von der Revolution am wenigsten überzeugten Bürger wanken – im Kontakt mit ihren emigrierten Verwandten entdeckten sie eine Welt, die innewards stets als Hölle geschildert worden war – und stellte auch das politische Bewusstsein und die revolutionäre Ge-

sinnung der glühendsten Verteidiger des Regimes auf die Probe. Spätfolgen dieses eigentlich kulturellen, psychologischen und sozialen Schocks sind zweifellos noch nicht abzusehen.

Die von zwanzig Jahren Revolution geprägte kubanische Gesellschaft ist in ganz Lateinamerika bei weitem die fortschrittlichste, was die sozialen und kulturellen Leistungen betrifft. Die Grundbedürfnisse, das Recht auf Nahrung, Kleidung, Arbeit, Bildung und medizinische Versorgung, sind befriedigt in einem Masse wie kaum anderswo. In dieser Hinsicht ist «Kuba nicht Peru», und heute würden viele peruanische Bauern ein Leben à la cubane vorziehen, wenn sie die Wahl hätten, nicht zu reden von den übrigen Lateinamerikanern. Aber neben der Fülle öffentlicher Gratisleistungen besteht ein grosser Mangel an individuellen Konsumgütern; die Wirtschaft eines unterentwickelten Landes wie Kuba, das in erster Linie vom Export einiger Rohstoffe abhängig ist, lässt keine Wunder zu.

Das Jahr der Plagen

Die Errungenschaften der kubanischen Revolution, welche die Probleme der Nahrungsmittelversorgung, der Bildung und der Gesundheit lösen konnte, wecken das Verlangen nach mehr. Eine immer höher ausgebildete Gesellschaft, welche über das Notwendige schon verfügt und es für gesichert hält, stellt immer höhere Ansprüche und äussert sich kritischer gegenüber den Mängeln ihres wirtschaftlichen, politischen und sozialen Systems. So ist zu verstehen, dass das massenweise Einströmen von Bewohnern einer anderen Welt, als welche die Mitglieder der «Exilgemeinde» erscheinen, die Erwartungen der Inselbewohner rapide steigerte, und nicht nur in materieller Hinsicht. Die gegenwärtige Wirtschaftslage könnte aber kaum schlechter sein und lässt nur eine bescheidene Zuwachsrate erwarten (letztes Jahr erreichte sie statt der geplanten 6 Prozent nur 4,9 und dürfte 1980 vermutlich nicht über 3 Prozent liegen).

Die Insel wurde ausserdem von drei

Plagen gleichzeitig heimgesucht: der Blauschimmel hat 90 Prozent der Tabakreife zerstört und wird das Land um mehr als 180 Mio. Dollar Devisen bringen; 30 Prozent der Zuckerrohplanlagen wurden vom «Rost» befallen, was einen Produktionsverlust von 1,3 Mio. Tonnen nach sich zieht (Produktion im Vorjahr: 8 Mio. Tonnen) – der Weltmarktpreis für Zucker hat sich jedoch verdoppelt; schliesslich sind mehrere Schweinepestherde im Osten des Landes aufgetreten. In diesem «Jahr der Plagen», wie Fidel Castro es nennt, findet

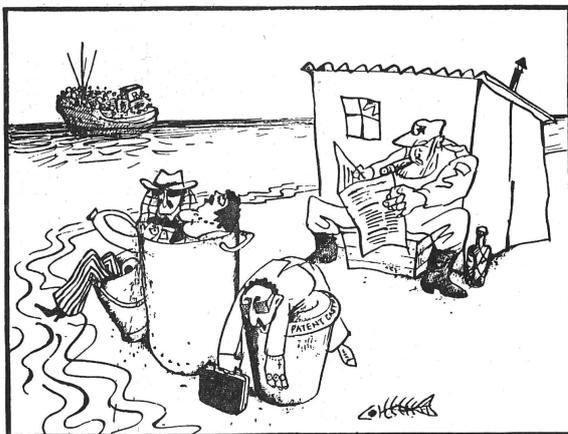
Einer der durch «Bohemia» befragten Journalisten stellt fest, dass es «leichter ist, Fidel Castro zu interviewen als untergeordnete Funktionäre. Auf diese Schwierigkeiten stösst man vor allem auf der mittleren Stufe von Partei und Regierung. Manche wechseln da die Verteidigung der Revolution mit der Verschleiерung von Tatsachen und Mängeln und behaupten dabei, in Feindeshand könnten diese der Revolution schaden» (...)

Etwas gewagt, könnte man sagen, dass die kubanischen Führer ihre Bürger zu einer kleinen Kulturrevolution aufrufen,

verlassen wünschen, sind ein Anzeichen dafür, dass etwas «klemmt», dass legitime Ausdrucksmöglichkeiten fehlen. In der gegenwärtigen Lage – Fidel Castro hat kürzlich daran erinnert, dass «die revolutionäre Gemeinschaft eine Gemeinschaft von Freiwilligen ist» – bietet sich als einzige Wahl die Entscheidung zwischen Gläubigkeit und Ketzeri, Anpassung ans Regime und innerer oder äusserer Emigration. Die Mehrheit des Volkes befürwortet zweifellos die Institutionen des Landes und bekundet starken Unwillen denjenigen gegenüber, die Kuba schlerhaft vor der Weltöffentlichkeit blossgestellt haben. Das könnte sich auch ungünstig auf den Empfang auswirken, der in Zukunft den Mitgliedern der «Exilgemeinde» beschert wird. Die liberale Haltung der Regierung in dieser Frage ist schon auf Widerstand in der Öffentlichkeit und vor allem bei der militanten Basis der Partei gestossen. «Würmer» können nicht von einem Tag auf den andern in «Mitglieder der Exilgemeinde» umgewandelt werden. Diesem offiziellen Ausdruck zieht die Bevölkerung die Bezeichnung «mariposas» (Schmetterlinge) vor, um zu zeigen, dass sie sich nicht von dieser plötzlichen Verwandlung zum Narren halten lässt (...)

Kuba, das «Kleine Land mit der mächtigen Diplomatie», wie es ein Politbüro-Mitglied formulierte, verfügt nicht mehr automatisch über die Sympathie, die der von den Vereinigten Staaten belagerten Insel zuzusst. Man muss sich aber bewusst sein, dass die kubanische Revolution nicht im Sog sowjetischer Panzer stattgefunden hat. Sie schöpft ihre Inspiration aus rein nationalen Quellen und sie hat bis heute die Energie zum Überleben in sich selber gefunden. In den kommenden Jahren wird sich zeigen, ob ihre Version des «real existierenden Sozialismus» dieselben Dissidenzerscheinungen hervorruft wie in den Ländern Osteuropas oder nicht.

¹ Bereits 1962, als die USA die Kubaner zuerst mit allen Mitteln zum Exil animierten und, nach der ersten Flüchtlingswelle, ihre Grenzen weiten Ausreisewilligen wieder verschlossen, richteten die kubanischen Behörden den Hafen Camarioca für Ausreisen ein, um sich so einseitig des Problems, das diese grosse Zahl von Unzufriedenen mit sich gebracht hätte, zu entziehen und andererseits die USA zu zwingen, ihre moralische Pflicht zu erfüllen. (Die Red.)
² Marie-France Mottin «Cuba quand-même. Vos quotidiens dans la révolution.» Le Seuil, Paris 1980.
³ «Bohemia», 25. Januar 1980
⁴ Rede vom 30. November 1979
⁵ Rede vom 9. März 1980
⁶ In seinem Buch «The Bay of Pigs, the Untold Story» (Jonathan Cape, London 1979) gibt der amerikanische Journalist Peter Wyden die weitaus vollständigste Version des Fiascos der vom CIA 1961 organisierten Invasion. Insbesondere analysiert er darin, durch welche absurd Mechanismen der CIA, das Pentagon und das Weisse Haus zur Vorstellung kommen konnten, die Operation könnte politisch und militärisch zum Erfolg führen.



Kuba aus der Sicht von Hans Sigg

auch der zweite Kongress der KP Kubas statt, an dem die Bilanz der Beschlüsse des ersten gezogen werden soll. In wirtschaftlicher Hinsicht wird sie sehr missig ausfallen, während das politische Hauptziel der «Institutionalisierung» mit der Einsetzung von Volksvertretungen (populär staatlich auf Gemeinde-, Provinz- und Staatsebene erreicht wurde).

Die durch eigene Erfahrungen und durch die Begegnung mit der «Exilgemeinde» informierte und stimulierte Bevölkerung wünschte immer mehr Eingriffsmöglichkeiten. Die revolutionären Führer konnten darauf nur antworten, indem sie den Wunsch der Bevölkerung auf die inneren Strukturen des Regimes lenkten und energisch zu Kritik und zum Aufdecken von Missständen ermunterten. Zur öffentlichen Kritik sind die Kubaner aber gegenwärtig noch nicht vorbereitet, wegen eines diffusen Gefühls, welches Marie-France Mottin² in ihrem kürzlich erschienenen, nuancierten Buch so beschreibt: «Angst zu missfallen, Angst zu denken, Angst, etwas falsch zu machen, nicht der Norm zu entsprechen, Angst, einfach zu sein (...). Nicht das Regime flösst diese Angst ein, aber sie ist da, kaum wahrnehmbar und alltäglich. Sie ist vor allem in den Köpfen vorhanden, durch Konditionierung erzeugt, oder durch das System.»

zu einer Revolution, die zuerst die leinkarierte Bürokratie und die unfähigen Kader zur Kasse bittet. Es ist höchste Zeit, dass die kritischen Stimmen laut werden, dass die bestehenden Strukturen – Gewerkschaften, Volksvertretungen, Partei – in vollem Umfang funktionieren, dass in ihnen Initiative und Flexibilität gefördert werden. Im gleichen Sinn wurde auch energisch an die Autorität und Verantwortung der Beamten appelliert. In der vor kurzem eingeleiteten allgemeinen Lohnreform wird der Fächer der Besoldung von heute 1 zu 4,5 auf 1 zu 5 erweitert, und die Entlohnung soll inkünftig nach Qualität und Quantität der geleisteten Arbeit ausgerichtet werden, das heisst es kommt in vielen Bereichen ein Prämiensystem zur Anwendung. (...)

Innere Emigration oder Ausreise?

Die teilweise ausgesprochen irrationalen Verhaltensweisen und die Dringlichkeit, mit der einige Kubaner ihr Land

Liberalisierung in Südafrika?

Die südafrikanische Regierung ist daran, die Arbeitsgesetze neu zu fassen. Hinter den Änderungen stehen gewandelte Bedürfnisse der südafrikanischen Wirtschaft. Diese Entwicklung stellt die schwarzen Gewerkschaften vor neue Probleme. Die Anti-Apartheid-Bewegung und die Arbeitsgruppe Dritte Welt, unterstützt vom Schweizerischen Arbeiterhilfswerk, haben dazu die Übersetzung eines UNO-Dokumentes in Form einer kleinen Broschüre herausgegeben. Preis 1.50 Fr. Erhältlich bei: «Anti-Apartheid-Bewegung», Zweierstrasse 146, 8003 Zürich, Tel. (0)1 35 57 77.

Vergiss Granny Smith

«Jeder Kauf eines südafrikanischen Produkts ist ein neuer Baustein in der Mauer unseres Fortbestehens», stellte der ehemalige Regierungschef Südafrikas, Vorster, fest. Die Arbeitsgruppe «Granny-Smith-Bojkottwoche» vom 21. bis 28. Juni, nimmt den wackeren Verteidiger der Apartheid beim Wort und fordert die Schweizer Konsumenten auf, keine südafrikanischen Produkte mehr zu kaufen: z. B. Cape-Apfel (Sorte Granny Smith), Birnen und Trauben, Outspan-Orangen und -Zitronen. Die Schweiz ist nämlich ein wichtiger Lieferant für «Bausteine» nach Südafrika: Schon seit Jahren werden 80 Prozent der südafrikanischen Goldproduktion in Zürich gehandelt, und 1979 war die Schweiz der wichtigste Exportmarkt Südafrikas. Im Rahmen der Boykottwoche organisiert die Arbeitsgruppe Veranstaltungen in Basel, im Kanton Bern, in Baden, Chur, St. Gallen, Zürich.

Bojkottlisten und Informationsmaterial können bezogen werden bei: Südafrika-Bojkott, Postfach 4065, 3000 Bern 1, oder Postfach 427, 4003 Basel, oder Zweierstrasse 146, 8003 Zürich.

Wie weit kann die Kritik gehen?

In einer in der Wochenzeitschrift «Bohemia»³ erschienenen Sammlung von Interviews (deren Veröffentlichung Chfredakteur Angel Guerra seine Stellung gekostet hat) beschreiben kubanische Journalisten dieses Gefühl etwa so: «Wir sind sehr eingeschränkt. Ich weiss nicht, ob das Angst ist oder sonst etwas. Manchmal werfen wir interessante Probleme nicht auf, weil wir uns fürchten. So entsteht eine Art Selbstzensur»; oder: «Die Journalisten haben Hemmungen, über gewisse Dinge zu informieren, weil sie das Gefühl haben, dass man darüber nicht spricht.»

Die Aufforderung, laut zu sagen, was viele viele denken, kam von höchster Stelle des Staates und der Partei und vor allem auch von den Brüdern Castro. So rügt Raul Castro angesichts des schlechten Funktionierens der Wirtschaft und vor allem der Dienstleistungen die «mangelnde Arbeitsdisziplin, Verantwortungslosigkeit, Schlampelei und Vetterwirtschaft», für die «nicht die Arbeiter hauptsächlich verantwortlich sind, sondern die Leiter und Funktionäre der Betriebe, die manchmal die Statistiken fälschen und ihre Stellung dazu ausnutzen, ihre persönlichen Probleme und die ihrer Freunde zu lösen, und denen die moralischen Qualitäten fehlen, von irgend jemandem etwas zu verlangen» (...)

Die eigentliche Schwierigkeit besteht darin, zu wissen, was «konstruktive» und was «konterrevolutionäre» Kritik ist – und wer darüber befinden soll. Den hohen Beamten macht diese Unterscheidung im allgemeinen keine Schwierigkeiten. Beim mittleren Kader ist das anders.

Ein gedenkwürdiger Einmarsch

ВИБАИТ ПУСИ*

Lang hat's gedauert, bis sie kamen, aber als sie dann die Grenze überschritten, setzten sie als eine Truppe schwerbewaffneter Kämpfer-Soldaten Fuss auf den Boden des kleinen Landes. Angeführt war das streitbare Heer von Generalmajor Holmston, gebürtiger Graf Boris von Smyslowski, ein stolzer Russe von adligem Geblüt, der nie in seinem Leben die Gefahr gescheut hatte, dem kein Feldzug zu wagemutig war, hatte er sich nur erst einmal dazu entschlossen. Er diente wie seine Soldaten treu seinem höchsten Herrn, dem Gebieter über Arme, Staat und Partei: «Die Fahne hoch ...»

6000 Mann waren sie anfänglich gewesen, «die Reihen fest geschlossen», und ihre Devise hiess «Sieg!» Sie kämpften tapfer für die hohen Ideale der grossen Nation, welche ihren Lebensraum im Osten zu sichern verpflichtet war, historisch verpflichtet war. Dass sie schliesslich im Kampfe unterlagen, kann nur dem Niedrigen Anlass zur Kritik bieten, dem edlen Menschen steht der Sinn vielmehr nach Ehrung einer mutig-zähen militärischen Leistung.

Es hat seiner Exzellenz Fürst Franz Josef dem II. gefallen, seiner Freude über das Tun der Soldateska prägendes Ausdruck zu verleihen mit seiner soeben erschienenen Festschrift «Nach Liechtenstein – in die Freiheit». Doch damit ist der Ehrung noch nicht genug getan. An der Erinnerungsfest, welche am 3. Mai 1980 stattfand, wurde im Beisein des inzwischen ergrauten Generals Holmston, der nach seinem Exil in Argentinien nun in Liechtenstein Heimat gefunden hat, eine Bronzetafel in schlichem Naturstein enthüllt:

«Hier in Hinterschellenberg überschritten in der Nacht vom 2. auf den 3. Mai 1945 die asylsuchenden Rufe der 1. Russischen Nationalarmee der Deutschen Wehrmacht unter Generalmajor A. Holmston-Smyslowski – etwa 500 Personen – in voller Ausrüstung die grossdeutsche Reichsgrenze nach Liechtenstein. In der Wirtschaft zum Löwen fanden die ersten Verhandlungen statt, die zur Asylgewährung durch das Fürstentum Liechtenstein führten. Als einziger Staat widersetzte sich Liechtenstein damit den sowjetischen Auslieferungsforderungen. Nach 2½ Jahren wurde den Russen die Ausreise in ein Land ihrer Wahl ermöglicht.»

Die Liechtensteiner dürften stolz darauf sein, habe ein weiterer einheimischer Festredner am diesjährigen Festakt ausgeführt, dass sie den sowjetkommunistischen Forderungen nicht stattgegeben hätten, obsond doch ihrer Moral nach der unglücklichen Niederlage der Deutschen Wehrmacht – unter weiser Leitung ihrer Führer – ein schwerer Schlag versetzt worden sei. 35 Jahre nach dem vorläufigen Sieg über die Nationalsozialistische Wehrmacht, so der Redner, dürften die Liechtensteiner mit Fug und Recht von sich behaupten: «Wir sind noch immer dasselbe Bollwerk im Kampf gegen den jüdischen Weltkommunismus.»

Unter dem brandenden Applaus def zahlreichen Gäste und Festteilnehmer, darunter auch einige Schweizer Soldaten des ehemaligen Detachements der Grenzwachtruten- und Liestal, denen die verantwortungsvolle Aufgabe zugefallen war, die russische Truppe sorgsam zu entwaffnen, protesteten sich die Honoratioren zu.

* Hoch leben die Russen!

das konzept Tip

In dieser Spalte weist die Redaktion auf kritische Publikationen und Veranstaltungen hin.

«Sounds of Soweto»

Diese Gruppe von südafrikanischen Künstlern sollte ursprünglich für die südafrikanische Regierung werben. Sie verweigerte dies aber und entwickelte ein Alternativprogramm. Die heute im Exil lebenden Künstler von «Sounds of Soweto» stellen den Reichtum der südafrikanischen Kunst, aber auch die Realität der Apartheid dar. Das Programm des einmaligen Gastspiels in der Schweiz zeigt die Geschichte eines Schwarzen, der aus seinem Dorf in die Hauptstadt Johannesburg zieht, dort jedoch glück- und erfolglos bleibt und schliesslich in sein Dorf zurückkehren muss. Donnerstag, 26. Juni, um 20 Uhr im Volkshaus, Zürich. (Vorverkauf: a. V. Voxpop, Kulturparvian.)

Texte und Lieder aus Uruguay

Die kulturelle Repression in Uruguay ist hart. Viele Künstler, Schriftsteller und Sänger sehen sich gezwungen, ins Exil zu flüchten. In Zürich werden zwei Vertreter der uruguayischen Kultur, Eduardo Galeano mit Gedichten politischer Gefangener und der Gitarrist und Liedermacher Numa Moraes, zu hören sein.

Mittwoch, 11. Juni, um 20 Uhr in der Aula Ramboühl

Die Indianer kommen ...

... und besetzen vom 12. bis 15. Juni das Kino Capitol in Zürich. Das film-in organisiert in diesen Tagen zusammen mit Incomindios, dem Filmprodukt der Stadt Zürich und dem Schweizerischen Filmzentrum das erste Schweizer Indianer-Film-Festival. Über 30 Dokumentar- und Spielfilme von und über die Indianer Nord-, Mittel- und Südamerikas informieren über dieses Minderheitenproblem. Das Indianer-Film-Festival gewinnt an Aktualität durch das IV. Russell-Tribunal vom 24. bis 30. November über die Rechte der Indianer. Unterlagen und Eintrittskarten sind zu beziehen bei film-in, Josefstr. 106, Postfach 3071, 8031 Zürich (Tel. 01-44 28 44).

Entwicklungspolitik diskutieren

Die Erklärung von Bern gibt in unregelmässigen Zeitabständen Papers über Entwicklungsländer und entwicklungspolitische Fragen heraus. Die ersten zwei Dokuments der Reihe «Beiträge zur entwicklungspolitischen Diskussion» sind Bangladesh und der Haltung der Schweiz gegenüber der dritten Welt gewidmet.

Erhältlich bei: Erklärung von Bern, Gartenhofstr. 27, 8004 Zürich (Tel. 01-242 69 00), für 3.50 Fr. pro Nummer



Dr. Arthur FÜRER, Verwaltungsratspräsident der Nestlé SA, gab an der diesjährigen Versammlung der Gesellschaft für Volkswirtschaft ein Geschäftsgeheimnis preis: Die Wahl der Produktionsstandorte der Nestlé werde kaum von Kostenvorteilen beeinflusst. Auf gut deutsch: Nestlé macht nicht nur dort eine neue Zweigfabrik auf, wo sie sich grossen Profit verspricht! Wer hätte das gedacht, dass die gar nicht so gewinnstichtig sind, wie immer behauptet wird?

An derselben Veranstaltung sagte Dr. FÜRER auch – ein wenig später – tatsächlich sei es schon wiederholt vorgekommen, dass die Nestlé aus Rentabilitätsgründen Betriebe habe schliessen müssen. Leider. Und das ist ja wohl wirklich nicht dasselbe!

Die «Ölländer» verteidigen sich gegen Industriestaaten

Wer ist schuld an der Inflation?

Von Adnan al-Janabi, Vorsteher der Ökonomie- und Finanzabteilung der Opec

Die ölexportierenden Länder haben ihre Preise seit 1973 wesentlich erhöht. Jedermann braucht Öl. Es ist deshalb naheliegend, die Ölpreisteuerung «hinter» allen andern höheren Preisen zu vermuten. Die Ölproduzenten indessen sehen es anders.

Die Inflation – im allgemeinen als «schlechte Sache» beurteilt – ist ein Waisenkind. Da steigende Preise ein Anzeichen für Misswirtschaft sind, will niemand die Verantwortung dafür übernehmen. Als geeignetster Sündenbock bietet sich seit 1974 offenbar die Opec an. Die erhöhten Ölpreise werden oft als wichtigster Grund für die Inflation genannt.

Da gilt es aber vorerst einmal zu betonen, dass die Preiserhöhung eines Produkts nicht notwendigerweise als Resultat von gestiegenen Kosten für die Teile, aus denen sich das Produkt zusammensetzt, erfolgen muss. Insbesondere trifft diese Beobachtung auf Marktwirtschaften mit ihrem hohen Grad an Konkurrenz und ihrem wohlorganisierten Geldnachschub zu. Eine Erhöhung der Kosten eines bestimmten Produktfaktors mag auch nur in der Neubestimmung der relativen Preise anderer Faktoren resul-

die Inflation gezogen werden, gehen von der falschen Verallgemeinerung aus, dass Ölpreisanpassungen durch die Opec automatisch eine Verteuerung aller Energieaufwendungen mit sich bringen würden. Es gibt aber keinen einsichtigen Grund dafür, dass sich die Elektrizitätskosten eines AKW erhöhen sollten, weil die Ölpreise steigen. Nur die Preise des importierten Öls müssten erhöht werden, und lediglich dieses Preiselement müsste untersucht werden, wenn man den Anteil der Ölpreise an der Inflation bestimmt. 1979 war der durchschnittliche Preis eines Barrels Öl (159 Liter) in Europa für den Endverbraucher etwa 54 Dollar. Davon wurden etwa 22 Dollar von den Regierungen der konsumierenden Länder selbst als Steuern eingezogen. Theoretisch hätten diese Steuern reduziert werden können, um die Endkosten von Erdölprodukten für den Konsumenten auszugleichen. Was tatsächlich geschah: Alles in allem wurden die «Ölsteuern» 1979 um etwa 4 Dollar/Barrel erhöht. Diese Massnahme trug fast so viel zur jeweiligen inländischen Inflation bei wie die Preispassungen der Opec.

Die Erhöhung der Steuern auf Erdölprodukten wie auch die generelle Steigerung der Kosten für Energieaufwendungen mögen als nötiges Erfordernis betrachtet werden, als Teil einer allgemein als begrüssenswert eingeschätzten Politik, um ein günstiges Umfeld für das Energiesparen zu schaffen. Dann darf man aber nicht zum Schluss kommen, dass Ölpreisverhalten der Opec sei verantwortlich für den ganzen Inflationsdruck der Energiekosten. Die Ökonomen aus den OECD-Ländern können vernünftigerweise nicht die Opec anklagen, sie verursache die Inflation, und gleichzeitig ihren eigenen Regierungen Beifall spenden, wenn diese die Energiekosten anheben. (. . .)

Von 1974 bis 1978 verschlechterte sich der Realwert der Ölimporte aus den Opec-Staaten ständig, während sich die Opec-Importe aus den Industrienationen sprunghaft erhöhten. Nicht einmal die kürzlich vorgenommenen Preispassungen können die jah gestiegenen Kosten der Opec-Importe ausgleichen. (. . .)

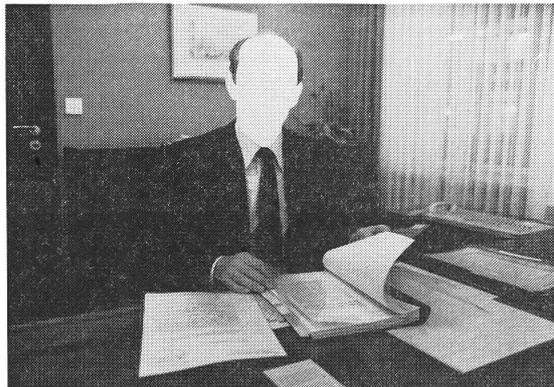
Trotzdem: Der Opec ist es als Gruppe bis zu einem gewissen Grad gelungen, die Verschlechterung der Handelsbedingungen aufzuhalten. Andere weniger organisierte rohstoffexportierende Länder sind nicht so erfolgreich gewesen. Der Hauptschuldige im weltweiten Spiel der Einkommensverteilung durch Inflation ist also nicht die Opec, sondern die Industrieländer der OECD, welche sich ständig über die Anhebung der Inflation durch die «Ölländer» beklagen.

ls. Offenbar kann Öl sogar die bestehende Herrschaft der Industriestaaten über die Länder der dritten Welt ins Wanken bringen. Jedenfalls müssen auch die drei Weisen im neuesten ihrer Berichte über «Lage und Probleme der schweizerischen Wirtschaft» (1979/80) zugeben, dass die erdölimportierende Eidgenossenschaft, «weil sie keinen Einfluss auf die Opec-Länder ausüben kann, nur eine Anpassungsstrategie verfolgen kann» («NZZ», 24./25. 5. 1980). Man kann's drehen, wie man's will: Die reiche Schweiz muss eine Wohlstandsverminderung hinnehmen – was noch lange nicht heisst: die reichen Schweizer. National gehen da die kleinen Grosskapitalisten wieder voll in die Offensive. Jürg Niehans, Ökonomeprofessor in Bern, schliesst aus seiner «wissenschaftlichen Analyse», «dass höhere Erdölpreise vorerst zu einer Rückbildung der Reallöhne führen müssten, wenn man nicht in das freie Spiel der Marktkräfte eingreifen wollte» («NZZ», 28. 5. 1980). Na bitte, wer will das schon? Lieber die höheren Lebenskosten mit den tieferen Löhnen bestreiten*. Wie gesagt, jemand muss zurückstecken – wenn es schon die Erdölmultis mit ihren Gewinnmargen nicht tun.

*Soweit ist es übrigens schon. Das Biga hat Zahlen veröffentlicht, wonach – bei Berücksichtigung der Prozentigen Teuerung – von Oktober 1978 bis Oktober 1979 erstmals seit 1951 die realen Verdienste um 1,5 Prozent zurückgegangen sind.

Eine Bildergeschichte von Christian Mürner und Gesche-M. Cordes

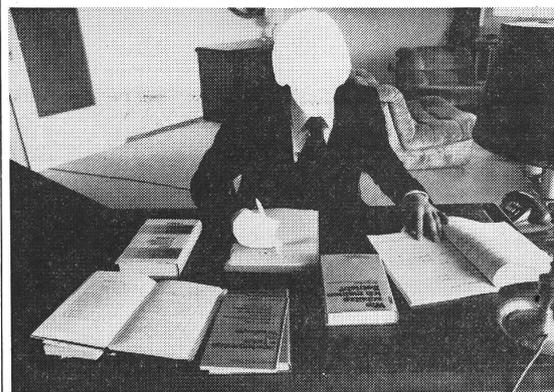
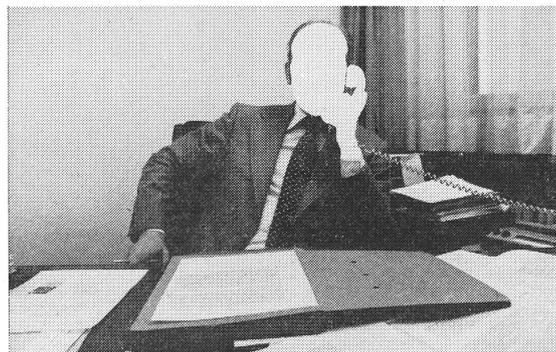
Woran erkennt man die Kapitalisten?



Aber wie sehen Vampire aus? Meistens erkennen wir diese erst (im Film), wenn sie zugebissen haben. Und wie sehen diese Konsumenten aus? Inkognito-Konsumenten. Wie also diese ihre Unternehmen (im Ansatz) durchschauen?

Früher schien alles viel eindeutiger: Der Kapitalist war fett, trug einen runden Hut und rauchte eine dicke Zigarre.

Aber heute? Wer einmal Photos oder Fernsehbilder von Unternehmertagungen gesehen hat, weiss, dass die Unternehmer so nicht aussehen. Keiner läuft mehr im Hornbrum, die meisten haben das Rauchen aufgegeben und halten sich verzweifelt fit. (2)

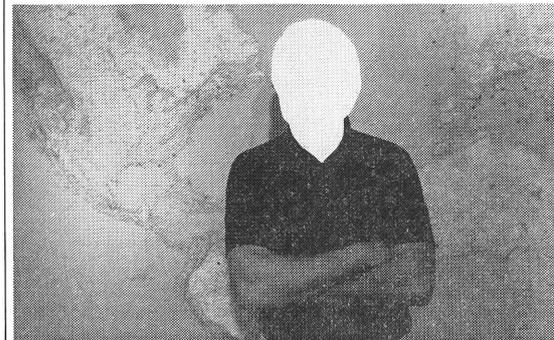
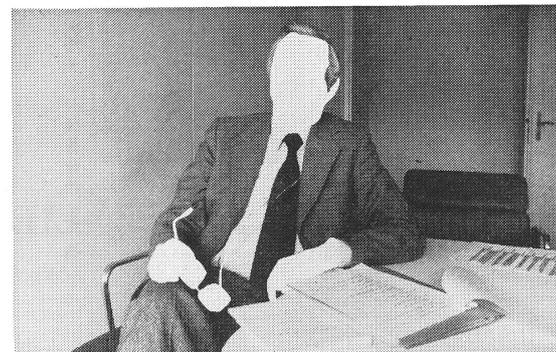


Wir haben weiter keinen Grund, beunruhigt zu sein, uns geht es gut, es geht weiter aufwärts, so sehen 14 000 Unternehmer die Lage. (3)

Aber es muss gleichzeitig gefordert werden, womit die Kapitalisten selbstverständlich nichts zu tun haben, dass die Stabilitätspolitik die vernünftige Lohnpolitik und die investitionsfreundliche Steuerpolitik (3) fortgeführt werden.

Die Kapitalisten halten sich da raus, wie wir hören, ziehen sich zurück, verschwinden mehr und mehr. Sie sind integer und integriert wie alle.

Die fungierenden Kapitalisten werden! sind bloss Verwalter, leitende Angestellte, Rentiers. (4)



Die Kapitalisten sind an allem schuld. Sündenböcke, Teufel, deren Verwandtschaft mit Göttern ja bekannt ist. Aber wie sehen sie aus? Wie und woran sind sie zu erkennen?

Die ökonomische Charaktermaske des Kapitalisten hängt nur dadurch an einem Menschen fest, dass sein Geld während als Kapital funktioniert. (. . .)

Der Kapitalist, der in der Vulgärökonomie Bescheid weiss, sagt vielleicht, er habe sein Geld mit der Absicht vorgesprochen, mehr Geld daraus zu machen. Der Weg zur Hölle ist jedoch mit guten Absichten gepflastert, und er konnte ebensogut die Absicht haben, Geld zu machen, ohne zu produzieren. (. . .) Das Kapital ist verstorbene Arbeit, die sich nur vampirmäßig belebt durch Einsaugung lebendiger Arbeit und um so mehr lebt, je mehr sie davon einsaugt. Die Zeit, während deren der Arbeiter arbeitet, ist die Zeit, während deren der Kapitalist die von ihm gekaufte Arbeitskraft konsumiert. (1)

Die Kapitalisten geben sich als sportliche Manager, Zureiter, agile Leiter, vife Betreuer und Arbeitgeber mit allen verräterischen Nebenbedeutungen dieser Worte. Das ist im übrigen den Kapitalisten aus dem Selbsttraining mit Tonkassettens bekannt. Das Know-how der Anti-Dialektik: Wie einen Gegner mit dessen eigenen Argumenten vom Tisch wischen.

Wir (leben) in einer Konsumgesellschaft, in der die Unternehmer nicht mehr daran verdienen, dass sie uns bis aufs Hemd aussiehen, sondern daran, dass sie uns möglichst viele neue Hemden andrehen: «liih, du hast ja immer noch eines mit spitzem Kragen an, zieh's aus, wirf's weg, runde Kragen sind in!» (2)

Das hindert den Kapitalisten selbst jedoch nicht, wie wir sehen, weiter spitze konventionelle Kragen zu tragen, sich diese notfalls oder sowieso für sich separat massanfertigen zu lassen.

Kapitalisten verkaufen uns den Strick, heisst es, mit dem wir sie aufhängen könnten.

Nun erst haben die Kapitalisten auch ihr (wohlverdientes) Privatleben. Nur, auch dieses ist von Weltformat, kaum vorstellbar, ohne (das heisst als multiple) Visage, ein Monopol.

PS. Diese Bildergeschichte ist kleinbürgerlich (4) entstanden. In ihrer Produktionsweise einerseits kleinkapitalistisch, das heisst die Ausnutzung der eigenen Produktivkräfte und Produktionsmittel, andererseits lohn-abhängig von den Produktionsverhältnissen, das heisst bedroht von der Sinnlosigkeit oder Nichtveröffentlichung.

(1) K. Marx, MEW 23, Das Kapital, Bd. 1, Berlin DDR, 1968, S. 592/S. 168/S. 247

(2) H. Mentz, in titanic, Nr. 2/1980, Frankfurt a. M., S. 62

(3) Hamburger Abendblatt, Tieltagszeitung, 6. 2. 1980

(4) vgl. J. Bischoff (Hrsg.), Grundbegriffe der marxistischen Theorie, Hamburg, 1978, S. 46/S. 131



tieren – ohne sichtbare Preisänderung beim Endprodukt. In Wirklichkeit indessen haben die meisten Marktwirtschaften ein hohes Mass an struktureller Starrheit entwickelt, dahingehend, dass die Kostensteigerung eines jeden Produkts auf den nächsten Produktionszyklus überwälzt wird. Überdies wird die Inflation mehr und mehr zu einem Werkzeug im Kampf um die Neuverteilung des Produktionsertrages auf die verschiedenen Teile der Gesellschaft. In diesem Kampf um die Einkünfteverteilung akzeptiert kein Gesellschaftssegment eine Reduktion seines relativen Anteils an der Gesamtproduktion. Innerhalb dieses Kontextes muss man auch das scheinbar widersprüchliche Phänomen hoher Arbeitslosigkeit, gekoppelt mit gleichzeitig steigenden Löhnen, sehen.

Inflation ist aber nicht nur ein Mittel zur nationalen Einkommensverteilung, sie wirkt sich auch auf internationaler Ebene so aus. Internationale Einkünfteaufteilungen und Änderungen in den Handelsbeziehungen werden zunehmend an den Fronten der jeweiligen Inflationsbewegungen ausgefochten. Jeder Aufwärtsbewegung der Exportpreise für Fertigprodukte aus den Industrieländern entspricht ein umgekehrter Transfer von Reichtum aus den Entwicklungsländern in die Industriestaaten – so wächst der Graben zwischen arm und reich. In diesem «Kreislauf» wird die Opec-Gruppe innerhalb der Entwicklungswelt wahrscheinlich am schlechtesten behandelt. Der Importpreisindex der Opec-Länder hat sich seit 1973 mehr als verdreifacht. In Opec-Ländern ist es keineswegs die Ausnahme, dass sich Kosten von Projekten und Maschinenimporten während eines Jahres verdoppeln.

Innerhalb dieses allgemeinen Überblicks ist es wichtig, klare und realistische Vorstellungen von der Mitwirkung der Ölpreise an dieser globalen Inflation zu erlangen. 1977 und 1978, als die Ölpreise im Nominalwert konstant blieben, gab es trotzdem zweistellige Inflationsraten in Italien und in Grossbritannien. Hohe Inflation war die Regel in allen wichtigen ölimportierenden Ländern. Es gibt keine stichhaltigen Beweise dafür, dass die Inflation nichtexistent wäre, wenn die Ölpreise konstant gehalten würden. Der Inflationsaufschwung in den USA war 1978 bereits voll im Gang – ohne jede Ölpreisbewegung. Damit soll nicht gesagt sein, dass Ölpreise überhaupt nichts zur Inflation beitragen. Aber es wird jetzt bei den Fachleuten weitgehend akzeptiert, dass die Inflation als allgemein auftretendes Phänomen sehr wenig mit Ölpreisschwankungen zu tun hat. (. . .)

Einige Schlüsse, welche bezüglich des Einflusses der Ölpreisänderungen auf

Bomben-Protest gegen Folter: Täter hart verurteilt

Von Fredi Hänni Keine Milde für Menschenrechtskämpfer

In Freiburg weht ein eisiger Wind durch die Gerichtssäle. Zwei Gesinnungstäter, die mit einem keine Menschen gefährdenden Bombenanschlag auf die unmenschlichen Haftbedingungen in spanischen Gefängnissen aufmerksam machen wollten, wurden nach einem rechtsstaatlich fragwürdigen Verfahren zu exemplarischen Zuchthausstrafen verurteilt.

«Sie legen mir die Hände vorne in Handschellen und hängen mich daran die Gitter der Zelle. Ich konnte den Fussboden nur mit den Zehenspitzen erreichen und musste so die ganze Nacht bleiben. Es war unmöglich zu schlafen. Jedesmal, wenn ich versuchte, den ganzen Fuss auf den Boden zu setzen, schnitten mir die Handschellen in die Handgelenke... Sie steckten mir den

in die Genitalien schlug... Alle Aussagen, die ich unterschreiben musste, wurden mit Wort für Wort von den Polizisten diktiert...»

Protest gegen Folterungen

Gegen derartige Folterungen in den Gefängnissen des Nach-Franco-Spanien - der Bericht stammt von Victor Simal aus Barcelona, Februar 1978 - wollten der

Fr. Sie stellten sich vor, so auf die hierzulande toteschwiegene Verhältnisse in spanischen Gefängnissen aufmerksam machen zu können. Die Filiale der Imef-Bank - eine spanische Bank, der Beziehungen zu rechtsextremen Kreisen nachgesagt werden und die mit den Geldern von Emigranten Geschäfte macht - schien ihnen das richtige Objekt für ihre politisch gedachte Aktion.

Keine Milde gefunden

Inzwischen haben die beiden Täter eingesehen, dass sie ihr Ziel mit diesen (Bomben-)Mitteln nicht erreichen konnten. Doch das nützte ihnen nichts mehr: Ein freiburgisches Amtsgericht hat sie am 7. Mai zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt. Gerichtspräsident Esseiva, der auch als Untersuchungsrichter gematet hatte (!), wollte eine exemplarische Bestrafung der «Störenfriede». Eine Milderung der Strafe aus «achtenswerten Beweggründen» (Art. 64 Strafgesetzbuch) wurde nicht gewährt.

Dabei hatten die beiden Angeklagten darauf hinweisen können, dass sie auf verschiedenste Weise (Flugblätter, Informationsabend in Bern, Briefe an Amnesty International und Europarat usw.) versucht hatten, die Verletzung von Menschenrechten im demokratisierten Spanien anzuprangern - ohne Echo.

Menschenrechte verletzt

Menschenrechte in Frage gestellt hat dann aber auch das Untersuchungsverfahren der Freiburger Behörden. Die Isolationshaft der Angeeschuldigten und eine massive Einschränkung der Verteidigerrechte (mehr als einen Monat keine Gespräche ohne Überwachung, ständige Kontrolle der Anwaltspost, mehr als zwei Monate keine Akteneinsicht, keine Überweisung an einen ordentlichen Richter) wurden erst teilweise aufgehoben, als die Freiburger Studenten nach einer turbulenten Versammlung eine Protestresolution verabschiedet hatten.*

* vgl. «das Konzept» Nr. 280



Bleistiftzeichnung: Walter Erb

Kopf in einen Plastiksack und schlossen ihn, bis keine Luft mehr eindringt, für mindestens drei Minuten, bis ich ohnmächtig wurde. Sie machten dies viermal mit mir. Darauf zog mich einer an den Haaren, während der andere mir mit einem Boxhandschuh ins Gesicht, mit dem Gummiknüppel in die Rippen und

Freiburger Student F. C. und sein Berner Freund R. Z. protestieren, als sie in der Nacht vom 22. auf den 23. November 1979 an der Schaufensterfront der Imef-Bank in Freiburg einen Sprengsatz zündeten. Dabei achteten sie darauf, keine Menschen zu verletzen. Die Bank bezifferte den Sachschaden auf 300 000

das Konzept Buchkritik

CIA auf der Suche nach Feinden

John Stockwell, «In Search of Enemies, a CIA Story», 278 S., W. Norton & Co., New York, 1978, Westn. 4,95 \$.

«Auf der Suche nach Feinden» (so der Titel eines hierzulande bisher nicht beachteten Enthüllungsbuches des Ex-CIA-Chefagenten in Angola) hat sich der amerikanische Geheimdienst seit je befunden. John Stockwell beschreibt in seinem Buch minutiös, wie die CIA im Jahr 1975 nach der Niederlage in Vietnam versucht hat, sich auf dem Schwarzen Kontinent gegen tatsächliche und vermeintliche Gegner durchzusetzen.

Schon 1974 hatte die CIA damit begonnen, die Unabhängigkeitsbewegung von Holden Roberto, FNLA, mit Geldspritzen am Leben zu erhalten. Die Zahlungen wurden selbst dem 40er-Komitee, in dem Henry Kissinger führend war, verheimlicht. Erst später begannen die Sowjets, die MPLA des nachmaligen angolischen Staatspräsidenten Agostinho Neto mit militärischem Material zu unterstützen.

In die kritische Phase trat der «Bürgerkrieg» aber erst, als im Vorfeld der für Herbst 1975 angesetzten ersten Wahlen in Angola ein Sieg der grössten Unabhängigkeitsbewegung, der MPLA, vorauszusehen war. Kissinger schaltete sich ein und verlangte im Juli ein 14-Mio.-Dollar-Programm «zur Sicherstellung freier Wahlen» - im Klartext: die Anheizung der Kämpfe in Angola durch Waffenlieferungen an die beiden Organisationen FNLA und Unita via Zaïre. Die beiden CIA-unterstützten Armeen hiesigen in der westlichen Presse fortan «gemässigt», die MPLA war hingegen «marxistisch-leninistisch, kommunistisch, von Moskau gesteuert». Diese krasse Desinformation kam, wie Stockwell schreibt, durch ein CIA-Programm zur Beeinflussung der amerikanischen Presse zustande.

Über das CIA-Programm in Angola, das schliesslich über 30 Mio. Dollar kostete, wird aber nicht nur die Öffentlichkeit, sondern auch der Kongress belogen. Geheimgehalten wurden die umfangreichen Waffenlieferungen, die Zusammenarbeit mit südafrikanischen Truppen im Felde, die Entsendung von «Beratern» usw.

Das offizielle Amerika, unter Kissinger und dem damaligen Präsidenten Ford, war drauf und dran, in ein weiteres Vietnam zu schlitzen. Als der Krieg, dank massiver Unter-

stützung der MPLA durch die Sowjetunion und Kuba, bereits entschieden war, verlangte der Aussensminister weitere 100 Mio. Dollar für Waffenlieferungen. Der Kongress streikte aber (anders als heute, da man Carter bei seinen Feldzügen allenthalben zujubelt).

Dabei spielten ironischerweise zwei westliche Konzerne und ihre Lobby eine nicht unbedeutende Rolle: Boeing wollte unbedingt die früher von den Portugiesen bestellten 737-Jets an die MPLA abliefern, anerkannte teil die Bewegung Netos, die den grössten Teil des Landes beherrschte, als rechtmässige Regierung. Bezahlt werden konnten die Flugzeuge aber nur mit dem Geld der Gulf, die daran interessiert war, so bald wie möglich die MPLA-besetzten Ölfelder von Cabinda wieder ausbeuten zu können (das Geschäft kam schliesslich im März 1976 zustande).

Statt im September 1975 auf ein Verhandlungsangebot der Blockfreiheit anstrebenden MPLA einzugehen (Netos Botschafter wurden in New York und Washington gar nicht erst empfangen!), starteten die USA ein millionenschweres Söldner-Programm. Französische, englische und portugiesische Söldner wurden über Zaïre nach Angola eingeflogen, wo einzelne dieser Gruppen unter den Schwarzen («Freunden», «Feinden», Zivilisten) Massaker anrichteten und so den dilettantischen CIA-Plänen (Parallelen zur Iran-Aktion drängen sich auf) erst recht schaden.

Fredi Hänni



Jetzt kommt der neue Drill: Tausende von Wehrmännern müssen gemäß dem neuen Dienstreglement wieder militärisch grüssen lernen. Auf die 611 000 verteilten Merkblätter steht: «1. Die Finger der rechten Hand strecken und zusammenschliessen. 2. Die rechte Hand oberhalb der Schläfe an den Kopf oder an den Hüftenrand bzw. an den äusseren Hüftenrand anlegen. 3. Nach der Erwidlung des Grusses die Hand auf dem kürzesten Weg senken und die ursprüngliche Haltung wieder einnehmen. Während des Grüssens muss der Wehrmann der linken Arm zwanglos hängen lassen.» In diesem Fall hat sich das EMD tödsicher vergriffen. (aus «alternativ», Mai 80)

das Konzept bücherservice

ausgewählt von Ruth Jäger Richard Bhend

Frau. Ein Handbuch über Sexualität, Verhütung und Abtreibung, Schwangerschaft, Geburt, Körper und Krankheit, Klimakterium und Alter. 309 S., Frauenbuchverlag, München, 19,80 Fr. Nr. 317

Solange wir wenig über uns selbst, über unseren Körper wissen, solange wir die Zusammenhänge zwischen Lebensbedingungen und unseren Reaktionen darauf nicht durchschauen, können wir medizinischen Autoritäten und Interpretationen nicht kritisch entgegen-treten. Wir brauchen dieses Wissen, damit Krankheit nicht länger das private Resignieren ist gegenüber Verhältnissen, die uns krank machen. Mit diesem Buch wird manches entmythologisiert und Neues mitgeteilt, Privates wird öffentlich gemacht, um einander zu helfen.



Dieses Handbuch hat bereits das 30. Tausend erreicht - in einem Jahr - und dürfte wohl für Mann und Frau ein wichtiges Nachschlage- und Informationswerk sein.

Henri Lopes: Die Strafversetzte Revolution. Roman. 220 S., Leinen, Peter Hammer-Verlag, Wuppertal, 22 Fr. Nr. 604

Henri Lopes Die Strafversetzte Revolution Roman/Hammer



Gatsé, ein hochgebildeter schwarzer Gymnasiallehrer, wird nach der Revolution im Kongo an eine Dorfschule in den Urwald strafversetzt. Er schreibt an seinen Freund, dass er trotz allem dem Urwald nicht entfliehen will, um in Paris seine angeschlagene Gesundheit zu kurieren, was ihm sein inzwischen einflussreicher Freund angeboten hat. Er lehnt ab. Die Begründung, die er seinem Freund schreibt, wirft ein klares Licht auf gescheiterte und reale Hoffnungen der afrikanischen Revolution.

Ernest Mandel: Einführung in den Marxismus. 240 S., Internationale Sozialistische Publikation, Frankfurt, 16,50 Fr. Nr. 601

Dieses Buch von Ernest Mandel liefert dem Leser einen umfassenden ersten Einblick in die Theorie und Praxis des Marxismus, so dass spätere Investitionen - für Marx' »Grundrisse«, Hegel, Ricardo und andere Schikanen - dann gezielter erfolgen können.

April Carter: Die politische Theorie des Anarchismus. 131 S., AFD-DE, Berlin, 11 Fr. Nr. 605

Bewusst kochen - herzhaft essen. 60 Rezepte für eine begrenzte Welt. 128 S., Verein Erste Welt-Drübe Welt, 5 Fr. Nr. 516

Was hat Kochen ohne Fleisch mit der Weltveränderung zu tun? Darüber überlässt du dich, wenn du die Informationen liest, die zwischen den Rezepten eingestreut sind: Viel von unserem Fleisch wird auf Kosten der Armen dieser Welt produziert.

Die Autorin zeigt, dass anarchistische Lebensformen auch heute noch möglich sind.

***** WIR BESORGEN JEDES LIEFERBARE BUCH *****

Rudolf Steiner: Wege der Übung. Themen aus dem Gesamtwerk, Bd. 1. Herausgegeben von Stefan Leber. 256 S., Verlag Freies Geistesleben, 12,80 Fr. Nr. 517

Anhand von 12 Vorträgen, die Rudolf Steiner zwischen den Jahren 1906 und 1923 gehalten hat, erfährt der Leser die Grundideen des anthroposophischen Schulungsweges. Dieser Weg ist dadurch gekennzeichnet, dass jeder Schritt bewusst vollzogen und seiner Wirkung vom Übenden selbst durchschaut werden kann.



- Bd. 2: Sprechen und Sprache, 173 S., 9,80 Fr. Nr. 518
Bd. 3: Zur Sinneslehre, 155 S., 9,80 Fr. Nr. 519
Bd. 4: Vom Lebenslauf des Menschen, 256 S., 12,80 Fr. Nr. 520
Bd. 5: Erde und Naturreiche, 223 S., 10,80 Fr. Nr. 521



Jeder Band dieser neuen Taschenbuchreihe bietet eine themenorientierte Auswahl von Vorträgen aus dem Gesamtwerk Rudolf Steiners. Eine Auswahl, von Kennern der Anthroposophie besorgt, den lebendigen Bezug zum Gesamtwerk bewahrt und den aktuellen Stand der Forschung berücksichtigt.

Kursbuch 59: Bilderbuch. 192 S., davon 16 Afarbig, 16 Seiten 2farbig, Rotbuch/Kursbuch, 8 Fr. Nr. 522

Abo zu vier Nummern pro Jahr 24 statt 32 Fr. (plus Versandspesen). Nr. 523

Kursbuch 59

Mit Bezügen von: Giovanni Rusdoli / Inge Ranshow
Akiyo Tüllmann / Hans-Chrowow/Elienscheid
Berni Weyersgal / Bernhard Kitz
Kascher Seminarsgruppe «Fotoassay» / Linhard Werrny
Alexandra Carter / Edouard Carlier / Jona Grest
Joachim Krause / Franziska Schöber / Manfred Schulz
Monika Fiedler / Klaus Drobner / Gert Wulff
Nikolaus Jungwirth / Gerhard Krenschauer
Maren Wamke / Kai Markus Mielde

Nach 58 Kursbüchern, die mit jeweils ca. 500 000 Buchstaben ein Thema artikulierten, wird «Kursbuch 59» etwas Neues unternehmen mit ca. 500 Bildern eine andere Art des Lesens erproben.

Ayi Kwei Armah: Die Schönen sind noch nicht geboren. Roman. Amerikanische Originalausgabe erschien 1968 unter dem Titel: «The Beautiful Ones Are Not Yet Born».

266 S., Leinen, Walter-Verlag, 26,-, 26 Fr. Nr. 603
Der amerikanische Titel des Erstlingsromans von Armah ist ein resigniertes Echo auf den kompensatorisch zu verstehenden Slogan der jungen Afroamerikaner: «Black is beautiful».



Solcher Afrika- und Negritude-Schwärmerei hält der junge Ghanaese den Spiegel afrikanischer Wirklichkeit entgegen: den armseligen Alltag kleiner und den protzigen Luxus «grosser» schwarzer Leute in einem erst wenige Jahre selbstständigen afrikanischen Staat.

M-Frühling. Vom Migrosaurier zum menschlichen Mass. Herausgeber: Hans A. Pestalozzi. 255 S., Zygglogge-Verlag, 23 Fr. Nr. 502



Der Migrosaurier wird zweifellos etwas vom Migros-Frühling lernen. Aber wir müssen wachsen sein, denn die Migros plant sicher schon, kleine Lädli auf dem Land aufzubauen, weil wir so Angst vor den grossen haben.

Ismael R. Mbise: Blutendes Land. Roman. 192 S., Leinen, Peter Hammer, Wuppertal, 22 Fr. Nr. 602

«Blutendes Land» ist der Roman einer kollektiven Erinnerung dreier Generationen einer Familie des Meru-Stammes

Ismael R. Mbise Blutendes Land Roman/Hammer



In Tansania. Der Autor erzählt die brutale Geschichte vom Hereinbrechen der deutschen und englischen Kolonialherren und ihre Wirkung auf Selbstgefühl und Identität seiner Landsleute.

Bestell-coupon



Ich bestelle folgende Buchtitel Nr(n):
Einsenden an: «das Konzept», Weinbergstr. 31, 8006 Zürich
Name
Str.
PLZ/Ort
Ich bezahle die Rechnung (inkl. Versandspesen) nach Erhalt der Bücher.

Dienstreglement 80: Was ist anders geworden im Militär?

Die Amreins sind wieder im Kommen

Von Martin Müller-Revaz

Dabei war doch alles gar nicht so schlimm. Der Abteilungs-major meinte in seiner Begrüssungsansprache: «In der Armee ist es wie in der Familie, jeder kann tun, was er will, nur gibt es bestimmte Regeln, die dies überhaupt ermöglichen.» Sehr schön ausgedrückt.

Regelmässig wie die Sonne kommt der Feind (Rot) von Osten her. In einem an uralte Wochenschauberichte erinnernden Armeefilmdienst-Produkt, einem Geschnipsel aus amerikanischen und russischen Filmen, setzt der Feind als roter Pfeil über den Bodensee hinweg und stösst gegen die Innereien vor. Am Gott-hard, diesem Schweizer Hezen, wird er dann vernichtend geschlagen.

Der Ernstfall bildet das Realitätsprinzip, die oberste militärische Instanz, noch vor den höchsten Offizieren und vor dem Militärgericht. Er ist der Sinn aller militärischen Tuns. Der Ernstfall kann immer nur simuliert werden, und simulieren heisst bekanntlich etwas haben, ohne es zu haben. Der Witz der Sache liegt nun darin, dass das Militär, das ja im ständigen Kampf gegen das Simulanten (= Drückeberger) steht, selbst zum Simulanten par excellence geworden ist. Wie lässt sich dieser Widerspruch auflösen? Indem man den Ernstfall auf die Erde herunterholt bzw. in den Militärdienst hineinbefördert. Der Ernstfall bleibt also nicht mehr der Grund für die drei Wochen Wiederholungskurs, sondern die drei Wochen selbst sind der Ernstfall.

Das Feindbild im WK 80 ist dasselbe geliebten und gehört weiterhin zu den Konstanten militärischen Denkens wie auch Disziplin, Kameradschaft und Einheitlichkeit. Apropos Einheitlichkeit. Sie gilt vor allem für Soldaten. In der sogenannten Zimmerordnung müssen die Schlafsäcke auf jedem Bett in der gleichen Weise (einheitlich) hingelegt werden. Rucksäcke und Schuhe ebenso. Mit der Uni-Form ist dann ein Gipfel-punkt erreicht. An ebendiesen Orten der Einheitlichkeit, Orten der Entpersönlichung, taucht eine Mikrosabversion auf. Der oberste Hemdknopf wird offen-gelassen, Mützen werden vergessen oder verloren, Blumen in Knopflocher gesteckt. Diese Liste liess sich beliebig fortsetzen. Hier jedenfalls liegt ein Ort des Widerstands, kleiner und kleinst-möglicher persönlicher Triumph. Dazu gehört auch das Unterlaufen militä-rischer Befehle: Schlafen auf der Wache, Verlassen des Ausgangsrays, Alkohol-genuss trotz Verbot usw. Natürlich ent- stehen drumherum auch allerlei Sagen und Legenden. Hier wird mit den eige-nen Taten geprahlt und mancherlei Lü-gengeschimpf aufgetischt. Trotzdem han-delt es sich um eine Form von Wider-stand, Verteidigung, Notwehr gegen eine Gewalt, die alles und jeden über einen Kamm zu scheren droht, Verteidi-gung, die in Widerstand endet. Ein Kata-

log dieser Minirebellionen wäre erst noch aufzustellen ...

Der Wille zur Einheitlichkeit in der Armee gerät durch den hierarchischen Aufbau ständig in Konflikt. Offiziere haben Rangabzeichen, höheren Sold, schönere Stiefel, Essen in einem Restaurant (zwar dasselbe Essen wie die Mann-schaft, aber doch an einem anderen Ort), angenehmere Schlafunterkünfte (Einzelzimmer im Hotel) und die Befehlsgewalt. An solche militärischen Naturgesetze gewöhnt man sich. Derlei geht nicht an Kompanieausprachen gar nicht mehr in Zweifel. Diskutiert wird nur noch über Details in der Detailausbil-

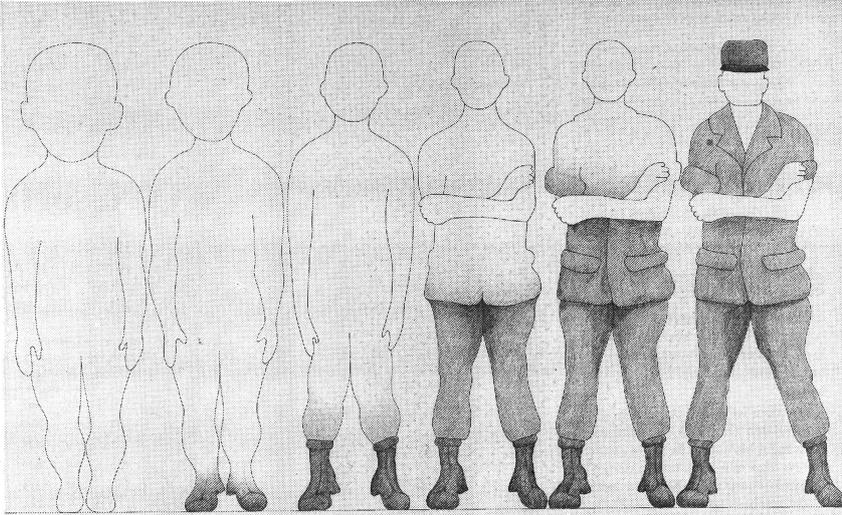
darischen und zivilen Techniken darstellt und als solcher zum Konfliktort wird, wäre vielleicht noch beizufügen. Ebenso die Sprache. Den militärischen Abkür-zungen - Kpkdt, Uof, Motof, Tagesof, gem mdl spez Befl, ID, PD, AV, HV - wird mit einem «Kampfsaujargon» be-gegnet.

Was gibt es Neues vom WK 80 zu berichten? Nicht viel. Neu war folgende überraschende Konstellation am WK-Ort: Unmittelbar neben den zwei Mil-itärzelten gab ein Kleinzirkus ein zweit-igiges Gastspiel, so dass man einige Schwierigkeiten hatte, zu unterscheiden, wo Militär und wo Zirkus war. Neu wa-ren auch ein paar Leute, sogenannte

«Hamburger», die ihre WK-Unerfah-renheit mit vermehrtem Einsatz bezah-len mussten. Neu auch Soldat Amrein, der sich trotz zweitem WK wieder zum Hamburger degradierte. Er war ein Vor-bild in Sachen Arbeitswille. So machte er es sich zur Gewohnheit, schon eine halbe Stunde vor Tagwache aufzustehen und Schuhe und Gabelle zu putzen. Die Am-reins scheinen wieder im Kommen zu sein, ebenso übrigens die Sektenjünger.

Überhaupt weht wieder ein rauherer Wind. Ein Divisionär konnte es sich wie-der leisten - erstmals seit zwanzig oder noch mehr Jahren -, eine Fahnenüberga-be zu veranstalten. In seiner Ansprache beklagte er sich, dass dies vor zehn Jah-ren noch nicht möglich gewesen sei, im Gegenteil, damals hätte man die Schwei-zer Fahne noch mit Füssen getreten («bei einer Künstlervernissage, wo man nicht eintreten konnte, ohne die am Boden liegende Fahne zu beschmutzen»).

* «Hamburger» heissen diejenigen, welche den ersten WK leisten.



Zeichnung: Maja Bisig

ding. Die Reflexion ist blockiert. Prag-matik des Überlebens.

Ständig wird von den ideologischen Einflüssen gesprochen, denen die Solda-ten unterworfen sind. Was bewegt Tau-sende von Männern, ein paar Offizieren Folge zu leisten? Das Damoklesschwert der Bestrafung, das über ihnen schwebt? Oder etwa der kleine Oberst, der schon bei jedem im Kopf sitzt und ihm vor-schreibt, was zu tun und was zu unterlas-sen ist? Vielleicht. Anderes jedoch könnte ebenfalls von Bedeutung sein, zum Beispiel bestimmte Techniken, die unmittelbar auf den Körper einwirken. Körpertechnik meint hier einen bestimm-ten Umgang mit militärischem Material und Gerät, den diese prägen. Zynischer-weise schliesst dies auch den Umgang mit menschlichem Material ein. Die Analyse nur unter hierarchischen Ge-sichtspunkten verstellt den Blick auf die-se kleinsten Machtwirkungen. Sie sind es, die die Individualität, Einheit der Person explosionsartig zerstreuen. Dazu gehören «militärische Höflichkeitsfor-men» (beispielsweise die neue alte oder alte neue Achtungstellung, die den Be-wegungsgesetzen des Hampelmannes ab-geschaut ist) ebenso wie die Bedienung von Waffen, Gasmaske usw., deren Ge-brauch streng reglementiert ist. Weiter auch Elementares wie die Kleidung. Die Kampfuniform besitzt eine besondere Geographie oder vielmehr ein Labyrinth der Taschen. Neben der vorgeschrie-benen Ladeweise, also hinten links die Pel-lerine, seitlich rechts die Feldflasche, vorne am Karabinerhaken die Pistole, kommen dann die Wirkungen der Klei-dung selbst hinzu: ungewohnte Farbkom-bination, erhöhtes Gewicht und vor al-lem die neuen Körperbewegungen, die erfunden werden müssen, weil die sonst üblichen nur Schmerz und Unlust be-reiten.

Das Arsenal der besonderen militä-rischen Körpertechniken ist beinahe uner-schöpflich. Feinere Praktiken, wie die des Verbergens, «nur nicht auffallen», geraten ständig in Gefahr: «Sie haben vorhin gelacht, Sie werden auch MPs putzen helfen!» Oder: «Sie haften mir persönlich dafür, dass diese Kisten ins Materialmagazin kommen!» Dies ist die einzige Form, in der so etwas wie Indi-vidualität hervorschwimmt - als punktel-ve Verantwortlichkeit. Der Umgang mit Serviertöchtern oder das Verhalten im Urlaub, der ein Mittelding zwischen mili-

Das sonderbare Demokratieverständnis von Generalstabschef Jörg Zumstein

Totale Treue verlangt

Ein Offizier der Schweizer Armee wagt es, in Zivil eine vom Bundesrat abweichende Meinung zu vertreten. Von seinem Vorgesetzten wird er deswegen scharf gerügt und zum Verfassungsfeld gestempelt. Das fragwürdige Verhalten seines Vorgesetzten veranlasst den Offizier, den weiteren Militärdienst zu verweigern. Sein Vorgesetzter aber steigt auf: er ist ab 1981 der höchste Berufsmilitär der Schweizer Armee: Generalstabschef Jörg Zumstein.

fh. Kritische Offiziere werden in der Schweizer Armee nicht geduldet: Der Oberleutnant Stefan K., der als Journalist mit einigen Forderungen der Soldatenkomitees (SK) sympathisierte, wurde von Divisionär Jörg Zumstein als Verfassungsfeld dargestellt. Der Zweistern-general schlichtete seinen Untergebenen so massiv ein, dass dieser den Dienst quittierte.

Während Stefan K. für seine Dienstverweigerung vier Monate ins Gefängnis muss, wird der eiserne Berufs-offizier Zumstein vom Bundesrat zum Generalstabschef (ab Januar 1981) ernannt.

1975 drohte der Berner Divisionär dem Fusilier-Oberleutnant K. mit der Enthebung vom Kommando, wenn er seine armeekritische Publizistik nicht bleiben lasse. K., Journalist unter anderem für die damals noch linksliberale «National-Zeitung», wurde ausserdienstlich zu einer «dienstlichen Unterredung»

tärbereich voranzutreiben, statt den Kampf gegen Armeekritiker auszubau-en. Dazu Zumstein: «Sie stellen sich da-mit gegen die von der Landesregierung



eingenommene Haltung. Dabei kann man doch wirklich annehmen, dass die Antwort des EMD verfassungsmässig ist. Wer sie ablehnt, stellt sich ausserhalb der Verfassung. Für Offiziere ist das beson-ders schwerwiegend. Von ihnen muss man verlangen, dass sie sich nicht so weit von der Linie der Landesverteidigung entfernen. Ich weiss, dass das eine etwas extensive Auslegung der Treuepflicht ist. Aber das ist meine feste Überzeugung.»

«Undemokratisches Verhalten»

In einer Arme mit solchen Offizieren wollte K. keinen Dienst mehr leisten. Das vor kurzem gefällte Urteil des Divi-sionsgerichts lautete auf vier Monate Gefängnis. Nur: «Dem undemokratischen Verhalten des baldigen Generalstabschefs Zumstein konnte damit kein Riegel ge-schoben werden», kommentierte Beat Kappeler im Pressedienst des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes. «Der neue Generalstabschef muss sofort nach Amts-antritt durch Taten beweisen, dass er ein Demokrat ist.»

* Zitate aus K.s Protokoll der «dienstlichen Unterredung», Beweismittel am Prozess.

das Konzept Buchkritik

Wie werden Männer Patriarchen?

Gespräch mit Volker Pilgrim über Thesen aus: Das Paradies der Väter, Beltz-Verlag, Weinheim u. Basel, 1980, 173 S., 20 Fr.

«Das Konzept»: Auseinandersetzung mit dem Patriarchat - was heisst das für dich?

Volker Pilgrim: Ich bemühe mich um die Erkenntnis des engen Zusammenhangs zwischen Mutter-Kind-Beziehung und Patriarchat. Die gesellschaftliche Bedeutung der Mutter-Kind-Beziehung wurde zwar immer wieder gesehen, aber sehr oft in der Enge eines spezifischen Forschungsbereichs belassen. Zum Beispiel ethnologische Untersu-chungen: die Ifaluk in der Südsee sind durch ihren begrenzten Lebensraum gezwungen, harmonisch miteinander und mit der Natur umzugehen. Sie gewähren deshalb ihren Kin-der eine ganz abgesättigte orale Zeit: Das Kind hat nicht nur die Zuwendung der liebli-chen Mutter, es kann auch sehr früh seine Bedürfnisse bei anderen «Müttern» anmelden und stillen, es besteht, wie Bettelheim sagt, ein «Mütterorganismus». Das Resultat: die Menschen dort sind sehr mitmenschlich, grup-penbezogen und naturfreundlich. Gegenbei-spiel: Ein mexikanisches Kind (der Tepoztla-her) wird beinahe achlos sich selbst überlas-sen. Damit wird eine grundlegend feindliche Stimmung gegenüber der Umwelt erzeugt.

Ich suche nun aus allen mir bekannten For-schungen das, was mir erlaubt, die Mutter-Kind-Beziehung im Patriarchat zu deuten, die uns ja immer wieder als Idylle dargestellt wird. Die Mutter bei uns, das ist der «im Haus» eingespernte Mensch ohne eigene Iden-tität. Da sie in dieser Gesellschaft nicht richtig «dazugehört», schafft sie genau die Prägung ihrer Kinder, welche das Patriarchat für seine Herrschaft braucht, nämlich den Verschleis-menschen.

Mit hektischem Konsum und Verschleiss wird anscheinend lebenslang etwas kompensiert, was grundlegend fehlt. Du hast in deinem neuen Buch dieses Fehlende als «orales Defizit» beschrieben. Wie aber kommt diese gesell-schaftliche Kompensation zustande?

Ich will kurz die allgemeine sowie die sexuelle Sozialisierung skizzieren. Zur allge-meinen Sozialisierung: Wenn ein unglücklicher Mensch mit Kindern umgeht, überträgt er Teile seiner Resignation auf das Kind. Die Erziehung unserer Menschen ist ein Bei-bringen von Negation und Resignation. Das schlägt dann um in die Kultur. Resignativ ist schon die Definition der Frau als Hausfrau: nur reproduzieren zu sollen ist Beschränkung. Meine Ansicht ist, dass Frauen regenerieren und schaffen wollen. Nur einen Teil des Le-bens der Frau zu überlassen ist Beschränkung. Die Frau hat früher auch geschaffen, zum Beispiel hat sie das Weben und wahrschein-lich auch die Schriftzeichen erfunden. Heute sind sogar die Reproduktionsfunktionen der Hausfrau von der Industrie ersetzt worden.

Sind auf der andern Seite Produktion (und Konsum) von möglichst viel und immer Gleich-schlechthin «männlich»?

Ich glaube ja. Alles, was zu Unbegrenztheit hinneigt, ist männlich, das heisst patriar-chalisch-männlich. Ich weiss ja kaum, was männlich wäre ohne die patriarchalischen Be-dingungen. Damit komme ich zur sexuellen Sozialisierung. Sexualpsychologie entsteht über Identifikation. Es gibt keine angeborenen Verhaltensmuster, nur Trieb oder Energie. Die Spezifizierung dieses Sexualtriebs läuft über die Identifikation mit der Mutter, solange wir unsere Kinder im Muster der kleinfamilia-ren Hausfrauerziehung aufwachsen lassen.

Durch die starke Identifikation mit der Mutter wird auch der Sohn sexuell «Frau». Denn er kann nur das werden, was vorgelebt wird. Der Mann ist also in seiner Basis Frau. Später muss er es allerdings unterlassen, die-ses Frausein auszubelen. Er muss sich in sei-nem zweiten Lebensjahrzehnt mit Vater, Männern und Altersgenossen identifizieren. Er bekommt durch diese Zweitidentifikation mit dem Vater (Männern) eine Überbau-männlichkeit.

Steht dies nicht im Widerspruch zu der frühen geschlechtsspezifischen Rolleneinübung: der Knabe mit der Eisenbahn, das Mädchen mit den Puppen?

Sicher gibt es diese frühe Trennung, aber das sind sehr viel schwächere Sozialisierungs-massnahmen als die Wirkung der Mutteriden-tifikation. Dabei gibt es auch Klassenunter-schiede. In den bürgerlichen Klassen erfolgt die Abtrainierung des Weiblichen sehr viel später als in der proletarischen Klasse. Die Söhne sind da bis etwa zum 20. Lebensjahr bei der Mutter (Schule, Studium). In den unteren Schichten ist der Vater stärker prä-sent, körperlicher, die Mutter gilt noch weni-ger als im bürgerlichen Milieu - die Abtrainie-rung des Weiblichen erfolgt viel früher (Zwang zur wirtschaftlichen Selbständigkeit im zweiten Lebensjahrzehnt). Die Folge: je höher die soziale Stellung, desto gestärkter der Mann. Mittel- und Oberschichtsmänner drängen mehr zur Herrschaft als Unter-schichtsmänner. Das Patriarchat braucht ge-spaltene Männer als Herrschaftsstellvertre-ter, und der Mann will nur aus dieser inneren Frau-Mann-Spannung heraus an der Herr-schaft teilnehmen.

Georg Hodel, Reini Schärer

Widerstand gegen Aufrüstung

rk. Ende Mai fand am Bezirksgericht in Zürich der Prozess gegen den Militär-steuerverweigerer Piero S. statt. Piero S. ist einer der etwa 300 Personen, welche jedes Jahr den Militärpflichtersatz und/oder 20 Prozent der Wehrsteuer ver-weigern (Militärausgaben machen 20 Pro-zent der Bundesausgaben aus). Der Mil-itärsteuerverweigerer stellt sein Geld (3 Prozent seines Einkommens) nicht dem Militärapparat zur Verfügung, sondern einem Entwicklungsprojekt in Ecuador. Für diese Friedensarbeit muss er eine Freiheitsstrafe in Kauf nehmen: Der Staatsanwalt beantragte 21 Tage Gefängnis (bei Rückfälligkeit können die Richter bis zu 3 Monaten gehen). Die Internationale der Kriegsdienstgegner (IdK) forderte im Zusammenhang mit diesem Prozess erneut die Respektie-rung der Europäischen Menschenrechts-konvention, welche die Unterzeichner zur Anerkennung des Rechts auf Mil-itärverweigerung und zur Einführung eines Zivildienstes verpflichtet.

das Konzept Tip

«Schwere Gewissensnot»

«Ein Prozess: Ein Beispiel für ein militärgerich-tliches Verfahren». Internationale der Kriegsdienst-gegner (IdK), Postfach, 2721, 8023 Zürich, Tel. (01) 242 22 93, 34 S., 2 Fr.

das konzept - Sonderangebote

Alle die folgenden Artikel können bestellt werden bei der Redaktion «das konzept», Weinbergstr. 31, 8006 Zürich.

Anzahl Artikel		Preis inkl. Porto + Verpack.
...	Inhalts- und Autorenverzeichnis 1972-78	9.20
...	Inhalts- und Autorenverzeichnis 1978	3.20
...	Schulspiel (aus Nr. 6/76), dreifarbig, A 2, starkes Papier, (ab 5 Stück 3.-)	4.50
...	Arbeitslos-Spiel (aus Nr. 1/78), einfarbig, A 2, starkes Papier (ab 5 St. 1.-)	2.20
...	Sonderdruck «Nukleare Aufrüstung»	3.50
...	Alle «das konzept»-Jahrgänge, pro Jahrgang	1.40
...	Poster «Unser Strauss»	12.-
...	Poster «Gefangener der Freiheit» (aus Nr. 1/78)	4.-
...	Poster «Gesellschafts-Schichten» (aus Nr. 4/78)	2.40
...	Poster «Gesellschafts-Schichten» (aus Nr. 6/79)	2.40
...	Poster «NZZ-Jubiläum» (aus Nr. 2/80)	7.20
...	Mai-Zitig 1978, «10 Jahre nach 68»	6.-
...	Mai-Zitig 1979, «Finanzplatz Schweiz»	2.40
...	Sonderbeilage «Film in der Schweiz» I (Jan 78)	2.40
...	Sonderbeilage «Film in der Schweiz» II (Jan 79)	1.40
...	Sonderbeilage «Film in der Schweiz» III (Jan 80)	1.40
...	Sonderbeilage «Literatur in der Schweiz» I (Okt 78)	1.40
...	Sonderbeilage «Literatur in der Schweiz» II (Okt 79)	1.40
...	Sonderdruck des Artikels von Jürg Weibel aus Nr. 6/78	1.40
...	Adressliste der Alternativmedien (Mai 79 neu)	1.40

Zahlungsmodus

- Ich überweise gleichzeitig mit dem Absenden dieses Talons den entsprechenden Betrag auf das PC-Konto 80-37626, «das konzept», Zürich (Verwendungszweck bitte auf der Rückseite des Abschnittes vermerken)
- Ich lege den entsprechenden Betrag in Briefmarken bei
- Ich lege den entsprechenden Betrag in Banknoten bei. (*Zutreffendes ankreuzen)

Name, Adresse



Sprachkurse in England
für Studenten, die wirklich Englisch lernen wollen:
O.I.S.E.
OXFORD INTENSIVE SCHOOL OF ENGLISH
Sekretariat: 4147 Aesch-Basel
Lerchenstr. 14, ☎ (061) 78 24 53

Informationen und Gratisprospekt verlangen!

Name/Vorname: _____
Strasse: _____
Plz./Ort: _____



USA
individuell - long stay

Verkauf von

- Stationswagen ca. Fr. 2 000.-
- VW-Bussen ca. Fr. 4 500.-
- Campern ca. Fr. 11 000.- (auch in Miete)

Garantierter Rückkauf.

Reisebüro Mittelthurgau AG
Unt. Bahnhofstrasse 7
8580 Amriswil Tel. 071 67 55 77

Soeben erschienen: «perspektiven» 2/80 (mit Inhaltsverzeichnis 1978-80)

Teilzeitarbeit für Frauen und Männer: ein möglicher Ausweg aus der Doppelbelastung berufstätiger Mütter?

Diese Frage geht Studentinnen und Studenten an!

Ein Gespräch mit Studentinnen, berufstätigen Müttern und einem Personalchef. Dazu die VSS-Kolumne: Studierende Mütter.

Studien- und Berufseinführungen: Chemie, Geographie, Publizistik, Primarlehrer, Turn- und Sportlehrer, Slawistik, Nordistik, Orientalistik

«perspektiven» hat in bisher 8 Hefen über sämtliche Studienmöglichkeiten an Schweizer Hochschulen und über die dazugehörigen Berufsfelder informiert. Weitere Themen: Studienfinanzierung, Werkstudium, Wohnen, Frau und Studium, Studienanfang, Lateinergänzungsprüfungen, Hochschulporträts, Berufe für die dritte Welt, Arbeits- und Lerntechnik u. a. m.

Bestellen Sie das Inhaltsverzeichnis (gratis)!

perspektiven

Steinwiesstrasse 2, 8032 Zürich, Tel. (01) 47 50 27

- Heft 2/80 zu 4 Fr.
- Jahresabonnement (4 Hefte ab Heft . . .) zu 15 Fr.
- Gesamtverzeichnis aller bisher erschienenen Artikel (gratis)

Name: _____
Adresse/Ort: _____

das konzept - Kreuzworträtsel Diesmal mit Spezialpreisen!

Beachten Sie Seite 12

Rechtsservice

Haben Sie Probleme mit den komplizierten Verfahren unserer Justiz und möchten Sie einen fortschrittlichen Anwalt ins Vertrauen und zu Rate ziehen, dann wenden Sie sich ans «konzept». Wir geben Ihnen auf Anfrage Adressen von Juristen aus den Regionen Basel, Bern, Genf, Lugano und Zürich bekannt. Wir können Ihnen nicht Ihr Recht garantieren, aber mit einer ernsthaften Behandlung Ihrer Anliegen durch die Anwälte dürfen Sie rechnen.

Telefonieren Sie:
das konzept
(01) 47 75 30

das konzept

hat eine Liste zusammengestellt von Ärzten, welche die Abgabe der Pille und anderer Verhütungsmittel liberal und unkompliziert handhaben.

Ausserdem ist ein Merkblatt erhältlich für den Fall, dass ein Schwangerschaftsabbruch in Betracht gezogen werden muss. Sie finden darauf Informationen über Kliniken und Ärzte im In- und Ausland. Erfahrungen, die mit diesen Adressen gemacht werden, finden etwa halbjährlich ihren Niederschlag in einer Neuauflage dieses Merkblatts.

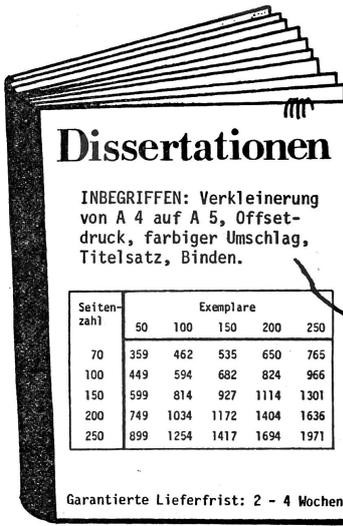
Diese Unterlagen können Sie gratis beziehen. Richten Sie Ihre Bestellung an die Redaktion, und legen Sie ein adressiertes und frankiertes Antwortcouvert bei.



Sofort zugreifen:
U.S. Army-Schlafsack
Fabrikneu, wasserdicht, sehr dick gefüttert, waschbar. Nie mehr kalt haben, ideal für Übernachtungen im Freien. 3,5 kg schwer, 230 cm lang. Spitzenprodukt zu Schlagerpreisen.



89 Fr.
Brutto
zuzüglich 6 Fr. Versandspesen. Passende Traghülle dazu (fakultativ): 10 Fr. Sofortversand mit Einzahlungsschein. Rückgaberecht.
Studentenrabatt (mit Legi oder Photokopie davon): 10%
Bestellen oder Prospekt anfordern.
NICOLAS MOJON & CO. AG
Bethlehemstr. 114, 3018 Bern
Tel. ☎ (031) 55 33 66
Weiterhin führen wir u. a. folgende Artikel: über 30 Schlafsackmodelle, 40 verschiedene Jacken- und Lumbertypen, Army-Hemden, Seesäcke, Winterfüsstlinge, Lederstiefel und viele andere praktische Armeegebrauchsgegenstände.



Dissertationen

INBEGRIFFEN: Verkleinerung von A 4 auf A 5, Offsetdruck, farbiger Umschlag, Titelsatz, Binden.

Seitenzahl	Exemplare				
	50	100	150	200	250
70	359	462	535	650	765
100	449	594	682	824	966
150	599	814	927	1114	1301
200	749	1034	1172	1404	1636
250	899	1254	1417	1694	1971

Garantierte Lieferfrist: 2 - 4 Wochen

ADAG COPY-CENTER
ADMINISTRATION & DRUCK AG

Sonneggstrasse 25 - 8006 Zürich - Telefon 01/47 35 54

Salü...



La cigarette. 12 mg / 0,8 mg

ADVCC 004

Droht eine neue Wohnungsnot?

Die Unwirtlichkeit der Städte – 1980

Von Daniel Wiener

Die Hypothekarzins steigen. Der Leerwohnungsbestand sinkt. Steht und eine neue Wohnungsnot bevor?

Nach sind Obdachlose selten, und Strassenschlachten drehen sich hierzulande vorläufig eher um Opern- als um Wohnhäuser. Aber die scheinbare Ruhe auf dem Wohnungsmarkt gleicht einem Pulverfass, dessen Zündschnur vor 20 Jahren zu glimmen begann: 1960 bis 1963 erreichte der Babyboom der Nachkriegsjahre seinen Höhepunkt. Und diese Kinder sorgen jetzt nicht nur für überfüllte Mittelschulen, eine grosse Lehrstellen-Nachfrage und florierende Jugendzeitschriften. Sie wollen auch von zu Hause ausziehen. Aber wohin?

Auf ihrer Wohnungssuche treffen sie – Zufall oder auch nicht – auf steigende Hypothekarzins, steigende Bodenpreise, steigende Baukosten und auf ein wachsendes Bedürfnis von institutionellen Anlegern (Versicherungen, Pensionskassen, Banken), ihr langfristiges Kapital in Schweizer Grund und Boden zu verlocken (siehe Kasten).

Basel, Bern und Zürich kaufen

Die sogenannte 2. Säule (siehe «das Konzept» Nr. 5/80) trägt schon heute – rund 50 Jahre vor ihrem Vollausbau – wesentlich zur Verteuerung der Liegenschaftspreise und damit der Wohnungsmieten bei. Allein in der Stadt Basel gibt es 700 Pensionskassen. Gesamtschweizerisch haben sie heute ein Vermögen von 65,6 Milliarden Franken angehäuft. Bis zum vollständigen Ausbau des Pensionskassensystems im Jahr 2030 werden diese Altersvorsorgeinstitute die unverstärkte Summe von 1,2 Billionen Franken (oder etwa zehnmal unser heutiges jährliches Brutto sozialprodukt) verwalten. Davon werden mindestens 30 Prozent in Immobilien angelegt sein. Für diese 400 Milliarden Franken könnten die Pensionskassen heute alle Liegenschaften und den Boden von Basel, Bern und Zürich zusammen kaufen.

In den letzten Monaten sanken als Folge der gestiegenen Nachfrage die Leerwohnungsbestände in allen Städten rapide, während der Bau von neuen Wohnungen nur schleppend vorangeht. In Basel liegt der Anteil der leeren Logis nur noch knapp über der ominösen Grenze von 0,5 Prozent. Wenn nur noch gerade jede 200. Wohnung leer steht, reden die Statistiker (und die Mietgerichte) offiziell von Wohnungsnot. Der Chef der Basler Schlichtungsstelle für Mietstreitigkeiten, Oskar Schmutz, ist aber gegen solche Zahlenklauberei: «Wir müssen doch sehen, dass die 500 leeren Wohnungen in Basel zum grössten Teil teure Einzimmerappartements sind, die den Bedürfnissen der Wohnungssuchenden gar nicht entsprechen.»

«Es besteht heute ein Mangel an Drei- und Vierzimmerwohnungen», bestätigte auch Pasquale Gasparini, einer der Löwen im Basler Spekulantenzirkus, gegenüber «das Konzept». Die studentischen Wohnungsvermittler (WoVe Basel) klagen ebenfalls über katastrophalen Platzmangel, und der Umfang des offiziellen baselstädtischen Wohnungsangebots ist innert Jahresfrist um mehr als die Hälfte geschrumpft. In anderen Städten ist die Situation womöglich noch dramatischer. Die Wohnraumknappheit treibt die Preise in die Höhe und verführt Architekten, Spekulanten und Bauun-

Berner Wohnungsmisere

in Bern gibt es längst keinen Wohnungs-Markt mehr: Bei der Leerwohnungs-zählung vom Dezember 1979 wurden noch 87 freistehende Wohnungen (0,13 Prozent) registriert. Effektiver betrug aber der Leerwohnungsbestand praktisch Null. Denn: Von den statistisch leeren Wohnungen waren 46 solche mit nur einem Zimmer, darunter 36 aus einer Alterswohnsiedlung einer grossen Versicherungsgesellschaft, die unvermietbar, da zu teuer, sind. Nur 38 leere Wohnungen hatten drei oder mehr Zimmer. Sie waren jedoch zum grössten Teil bereits auf einen späteren Zeitpunkt vermietet.

Im Breitenrainquartier kam es Ende April nach fast dreijähriger Ruhe vor dem Sturm – die letzte Häuserbesetzung, jene der «Spitalacker-Beiz», war im Sommer 1977 durch die Polizei beendet worden – wieder zu einer Häuserbesetzung. Anstelle von zwei vom Abruch bedrohte Liegenschaften mit billigen Familienwohnungen sollten von der Baufirma Bill AG Neubauten erstellt werden. Die Behörden hatten keine Möglichkeit, die Pläne der Hausbesitzer zu verhindern. Zwar ist die Stadt Bern dem Wohnungserhaltungsgesetz, das nach einer Häuserbesetzungswelle Anfang der siebziger Jahre geschaffen wurde, unterstellt. Doch bisher hat die Bauböly, in den zuständigen Gerichten gut vertreten, alle Erhaltungswünsche der Mieter abweisen können.



ternehmer zu risikoreichen Investitionen (teure Käufe, Luxusrenovierungen), die dann der Mieter ausbaden muss.

Der Basler Hausbesitzerverein (HBV) notierte im Mai 1980 in seinen «Informationen», die als Inserate regelmässig in allen Zeitungen der Nordwestschweiz erscheinen: «In einer vor kurzem veröffentlichten Erhebung über die Haushaltsausgaben von Unselbständigerwerbenden wurde festgehalten, dass 1975 durchschnittlich 12,4 Prozent aller Ausgaben auf Mieten entfielen, verglichen mit 18,1 Prozent in den Jahren 1936/37. (...) Die Mieter stellen sich also heute besser als vor dem Krieg – und dies bei erheblich höherem Wohnkomfort. Das darf auch einmal gesagt werden.»

Warum muss das gerade jetzt gesagt sein? Die Hausbesitzer kennen diese Untersuchung von 1975 schon seit mindestens zwei Jahren. Mit diesem – im «Trumpf-Buur»-Stil aufgemachten – Inserat soll dem Publikum offenbar die bevorstehende Preisrunde auf dem Wohnungsmarkt schmackhaft gemacht werden. Der Hausbesitzerverein verschweigt denn auch nicht zufällig die fetten Gewinne, die seine Mitglieder in den letzten fünf Jahren dank sinkenden Hypothekarzinsen abgeschöpft haben, indem sie die Kostenerlasse der Bankkredite nicht an die Mieter weitergaben. Nachdem auf den 1. April 1980 erstmals seit Mitte 1975 die Hypothekarzins wieder stiegen, sollen nun die Mieter sofort zu Kasse gebeten werden.

«Mieterschutz ohne Kündigungsschutz wertlos»

In den meisten Städten sind aber Mietpreisaufschläge nicht unbeschränkt möglich. Dank dem Bundesgesetz gegen Missbräuche im Mietwesen – dem aber nicht alle Gemeinden der Schweiz unterstehen – können Mieter gegen übertriebene Zinserhöhungen Einsprache erheben. Aus Angst vor der Kündigung geschieht das aber selten. Dazu Oskar Schmutz: «Der Mieterschutz ist wertlos, weil es keinen genügenden Kündigungsschutz gibt.»

Und selbst die kleinen Klippen des Kündigungsschutzes umschiffen Immobilienfirmen elegant: Sie werfen den vom Vorwand der Renovation die alten Mieter auf die Strasse, versehen die Wohnungen mit teilweise übertriebener Komfort (Tumbler, Geschirrspüler, Spannteppiche, Lift), um anschliessend neue, finanzstarke oder, wie es in den Inseraten heisst, «solvente» Mieter hereinzunehmen.

Unnötiger Luxus

Die alten Mieter finden auf dem angespannten Wohnungsmarkt nur noch schlechtere Wohnungen zum gleichen Preis oder gleich gute Wohnungen zu höheren Zinsen. Durch diese Umschichtung sichern sich die Immobilienbesitzer und die sie finanzierenden Banken im-

Gespräch mit Städteplaner Lucius Burckhardt

Planen für die Gegenwart

Professor Lucius Burckhardt, Exilbasler und seit über zwei Jahrzehnten auf dem Gebiet der Stadtplanung tätig, geht mit den heutigen Stadtplanern hart ins Gericht – ob sie nun Stadtautobahnen oder Wohnstrassen bauen.

«das Konzept»: Die «Unwirtlichkeit der Städte» wird seit zehn Jahren beklagt, aber konkrete Erfolge in der Bekämpfung des Bevölkerungsschwundes und der Überalterung können die Zentren nicht vorweisen. Im Gegenteil. Wo sind für Sie heute die wichtigsten Ansatzpunkte, um die Städte wieder bewohnbar zu machen?

Gegen Stadtautobahnen und Wohnstrassen

Burckhardt: Reden wir zunächst von der Verkehrsplanung. Die Hierarchisierung der Strassen, am einen Ende Wohnstrassen, am anderen Autobahnen, die ist grundlegend falsch. Man muss das bestehende Strassennetz aus dem 19. Jahrhundert beibehalten: Es ist ein umweltfreundliches und kinderfreundliches System. Diese Strassen, gleichmässig befahren, erschliessen die ganze Stadt. Wenn sie die Kapazität des Autoverkehrs nicht mehr fassen, vermindert sich die Zahl der Autos. Die Strassen sind einfach voll, und man kommt nur mit einer bestimmten Geschwindigkeit

Mit Lucius Burckhardt sprach Daniel Wiener

voran. Jene Leute, die unbedingt das Auto brauchen, kommen aber immer an ihr Ziel. Natürlich entsteht so in gewissen Strassen der Eindruck von Verstopfung. Der Bau von Autobahnen einerseits und Wohnstrassen auf der anderen Seite führt aber garantiert zu einer viel schnelleren Verstopfung.

Wenn wir die Stadt Basel so erschliessen, wie es geplant ist, kommen Tausen-

der grössere Anteile am Einkommen der Bevölkerung.

Diese Entwicklung trifft zuerst Rentner, Jugendliche in Ausbildung, Fremdarbeiter, Wohngemeinschaften und vielköpfige Familien. Diese sogenannten Randgruppen umfassen in den besonders hart betroffenen Städten einen grossen Teil der Bevölkerung. Für sie ist die Wohnungsnot schon heute akut. Typisch die Situation der Wohngemeinschaft Mittlere Strasse 40 in Basel: «Ende Juni ziehen wir aus unserer Wohnung nach einem Jahr Mietdauer wieder aus», berichtet Jürg Dalchiger. Im Sommer 1979, nach dem Massenausbruch am Unteren Rheinweg in Basel (160 Mieter mussten einer Luxusrenovierung unter Polizeidrohung weichen), fand seine WG an der Mittleren Strasse eine Bleibe: «Wir haben sechs Zimmer, zwei grosse (mit je 21 qm) und vier kleine (mit 10 und 12 qm), und zahlen dafür 1300 Franken inklusive Nebenkosten. Wir sind fünf Leute, vier Studenten und ein Assistenzarzt, der für sein Zimmer 500 Franken bezahlt. Nur weil der soviel bezahlt, konnten wir als Wohngemeinschaft zusammenbleiben.»

Ab Juli hat der Assistenzarzt in Baden eine Stelle und zieht dorthin. Die WG an der Mittleren Strasse stand vor der Alternative, entweder noch mehr zu bezahlen für die kleinen Zimmer oder jemand anderen zu finden, der die 500 Franken hinblättert.

Jürg Dalchiger: «Die Wohnung hat eine moderne Einbauküche, Waschmaschine und Tumbler, ein modernes Badezimmer und Spannteppiche. Diesen Komfort möchten wir gar nicht. Den Tumbler haben wir etwa dreimal benützt. Eine billige, einfache Wohnung fanden wir nicht. Jetzt müssen wir auseinander.»

Markus zieht zu seiner Freundin in ihre Zweizimmerwohnung (provisorisch), Annelies hat eine WG gefunden, Brigitte fährt erst mal in die Ferien und schaut dann weiter. Jürg hat zusammen mit drei Kollegen in Zunzgen auf dem Land ein Haus gekauft, um endlich nicht mehr hin und her geschoben zu sein.

Hauskauf als letzte Rettung?

Immer mehr teils sehr junge Leute sind heute gezwungen, Hausbesitzer zu werden, um überhaupt für längere Zeit eine feste Unterkunft zu finden. Sie schliessen sich zu Genossenschaften zusammen und suchen Liegenschaften. Der Eigenkapitalaufwand war zwar noch nie so niedrig (die Banken finanzieren bis zu 90 Prozent), aber die Lage auf dem Immobilienmarkt ist – angesichts der Wohnungsnot – gespannt. Wohngemeinschaften spielen bei der Preistreiberi eine wichtige Rolle. So steigerten sich

Wohnmiserie

Besitzen statt besetzen?

Die Idee, ein Haus zu kaufen, kommt vielen Wohngemeinschaften in der Not: Monate- und jahrelang haben sie ein passendes Mietobjekt gesucht, stiessen aber bei allen guten Angeboten auf ablehnende Vermieter. Inzwischen ist es Mode geworden, aus der Not eine Tugend zu machen: Wohngemeinschaften auf expansionistischem Kurs, also Gruppen, die über ihren Eigenbedarf hinaus Häuser posten, sind keine Seltenheit mehr. Nichts dagegen, wenn alternative Immobilienhändler ihre Erfahrungen anderen Wohngemeinschaften weitergeben. Wer den Hauskauf aber als Allheilmittel gegen die Wohnmiserie anpreist, handelt kurzfristig: Auch Wohngemeinschaften müssen vor dem Antritt ihrer Häuser angestammte Bewohner hinauswerfen. Auch sie zahlen Zinsen, und an ihrem Wohnbedürfnis verdienen – nicht anders als bei gewöhnlich Sterblichen – in erster Linie die Banken.

Apostel des Hauskaufs durch Wohngemeinschaften verlieren oft auch die politischen Perspektiven des Mieterkampfes aus den Augen. So sind bei der Basler Mieteraktion, die gegenwärtig zusammen mit einem Quartierkomitee die Besetzung von vier Häusern mit 32 Wohnungen an der Ryffstrasse plant, nur ganz selten Hausbesitzer von Wohngemeinschaften zu Gast. Ihre Energie investieren sie vorwiegend und zwangsläufig in Renovationsarbeiten, Administration des Eigentums und Pflege der Nachbarschaft. Wo zu noch Mieterkampf, wenn man Hausbesitzer ist? So entpuppt sich die Kaufidee als – ungewollte – Alternative zur Mieterbewegung, nicht anders als der genossenschaftliche Wohnungsbau der zwanziger und dreissiger Jahre, der sich langfristig als Kitt der Eigentumsverhältnisse erwies. Daniel Wiener

PS. Die Besetzungsaktion an der Basler Ryffstrasse beginnt in wenigen Tagen. Wer mitbesetzen möchte, kann sich über Telefon (061) 25 09 24 melden. Spenden für die Instandstellung der Häuser bitte auf PC 40 - 37 473, Mieteraktion Basel, Vermerk Ryffstrasse.

an einer staatlichen Hausgant in Basel zwei Langhaarige vor der Kulisse von 50 kaufwilligen, grau in grau gekleideten Damen und Herren den Preis für ein Mehrfamilienhaus gegenseitig in die Höhe. Der glückliche (?) Käufer aus der Alternativbewegung musste dann seinerseits die angestammten Mieter auf die Strasse stellen.

Besetzungsrecht für Leerwohnungen

In vielen europäischen Städten gibt es Gesetze, die die Besetzung von leerstehenden Häusern erlauben. Wäre das ein taugliches Mittel, um den absichtlichen Verschleiss von Häusern zu verhindern?

Solche Gesetze haben einen symbolischen Wert. In Frankreich darf ein Haus, das 48 Stunden lang besetzt gehalten wird, nicht mehr geräumt werden. Ich würde es wichtig finden, wenn wir ein solches Gesetz hätten, aber es ändert nicht viel an den Zuständen.

Velowege statt Autostrassen

Gibt es andere politische Mittel, um die Stadtplanung stärker in die Hände der von ihr betroffenen Bevölkerung zu legen?

Die Wohnqualität hängt am Quartier. Die Lebenskraft und die Annehmlichkeit der Quartiere könnten dadurch erhalten werden, dass die Quartiere beschlussfassende Kompetenzen bekommen.

Würde die Stadt dadurch nicht auseinandergerissen?

Ich glaube, die Stadt fällt heute eher wegen unserer zu grossen Planungen auseinander. Die grosskotigen Planungen sind für niemanden, sie sind für Leute, die es noch gar nicht gibt. Man müsste für die Leute planen, die jetzt hier wohnen. Und was für sie gut ist, das wissen die Leute am besten selbst. Man darf allerdings auch nicht unterhalb die Planungsebene der Quartiere gehen. Sonst würden zu starke Einzelaktionen – Typus Wohnstrasse – entstehen. Auf der Ebene Quartier könnte ein politischer Konsens erzielt werden. Wir haben mit unseren Studenten von der Gesamthochschule Kassel aus die Stadt Pavilla unter-sucht. Dort hat der Stadtrat sogar Finanzkompetenzen an die Quartiere abgetreten. Darauf sind in Pavilla tatsächlich Autostrassen zugunsten von Velowegen abgelehnt worden.



Die Telefonzeitung

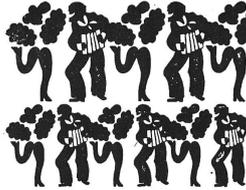
braucht Hörer, Informanten und Gönner (01/242 11 12) (01/242 63 27) (PC 80 - 53650)

DAS GIBT'S DOCH NICHT !



ADAG ADMINISTRATION & DRUCK AG **COPY-CENTER**

VOLKSFEST FESTA POPOLARE FESTA POPOLARE



POCH-HELVETIARERZ-POE SAMSTAG, 21. JULI - 02

Ab 14 Uhr mit Musik und Tanz u.a. mit Musik von Schürmüli, Sittlerens, Murphie, ausländischen Gruppen und Sängern, Attraktionen, Zeit für Diskussionen, Information, Ausstellung, Film zum Thema «Mitenand», Kinderprogramm am Nachmittag, kulinarische Spezialitäten und vielem mehr.

COPY-CORNER

FOTOKOPIEN UND DRUCKSERVICE

Öffnungszeiten
Mo-Fr 08.30-18.30
Sa 10.00-13.00

Seilergraben 41
Tel. 01/32 49 34

8001 Zürich
PC 80-27780

Fotokopien – Normal 20 Rp. – Verkleinerung 30 Rp.
– mit Legi 15 Rp. – mit Legi 25 Rp.

Kopien auf Normalpapier (Xerografisches Verfahren)

Schnelldruck	(ab einer Vorlage)	1-seitig		2-seitig	
		Reinschriften	Dissertationsdruck	Reinschriften	Dissertationsdruck
	30 Ex.	4.50	9.—		
	50 Ex.	5.50	10.50		
	100 Ex.	7.50	14.50		
	200 Ex.	15.—	28.—		
	300 Ex.	21.—	38.—		
	350 Ex.	23.—	42.—		
	400 Ex.	25.50	44.50		
	500 Ex.	28.—	52.—		
	1000 Ex.	40.—	73.—		

Das Schweiz. Arbeiter-Hilfswerk

befasst sich mit

- sozialen Aufgaben im Inland
- Entwicklungszusammenarbeit, Katastrophenhilfe, Solidaritätsaktionen
- Flüchtlingsbetreuung

Wir suchen auf den 1. Juli 1980 oder nach Vereinbarung eine(n)

kaufm. Mitarbeiter(in)

für die Führung des Sekretariats.

Wir erwarten:

kaufmännische Grundausbildung mit Praxis, Französischkenntnisse, Sinn für Organisation.

Wir bieten:

gute Sozialleistungen, 42-Stunden-Woche bei gleitender Arbeitszeit, 4 Wochen Ferien.

Offerten und Auskunft:

Schweizerisches Arbeiter-Hilfswerk (SAH), Postfach 8031 Zürich, Tel. (01) 42 26 00

SAH

Das Schweiz. Arbeiter-Hilfswerk

sucht für seine Auslandsabteilung

**Katastrophen- und Nothilfe
Entwicklungszusammenarbeit
Solidaritätsaktionen für politisch Verfolgte**

1 Teilzeitmitarbeiter(in)/ -sekretär(in), ca. 50%

für die selbständige Bearbeitung der organisatorisch und administrativ anfallenden Arbeiten.

Voraussetzungen:

kaufmännische Ausbildung und Praxis (Korrespondenz nach Stichworten und selbständig), sehr gute Französisch- und Deutschkenntnisse. Ein aktives Interesse für entwicklungspolitische Zusammenhänge ist unerlässlich. Kenntnisse in Spanisch, Englisch und Italienisch sind von Vorteil, aber nicht Bedingung.

Wir bieten:

eine anspruchsvolle und ausbaufähige Tätigkeit, gleitende Arbeitszeit, gute Sozialleistungen.

Besoldung: gemäss Ansätzen für das Bundespersonal.

Eintritt: möglichst bald oder nach Übereinkunft.

Bewerbungen sind zu richten an:

SAH, Auslandhilfe, Quellenstrasse 31, Postfach, 8031 Zürich

Die 4. Gewalt.

Um die andere Facette der «Times»-Affäre wenigstens zu erwähnen - nie war es so nötig, eine unabhängige Zeitung in Grossbritannien zu haben, wie angesichts einer Regierung, die alle Möglichkeiten der «elective dictatorship», der «Wahldiktatur» (ein Ausdruck des gegenwärtigen Lord Chancellors Lord Hailsham!) erbarmungslos ausnutzt. Da helfen keine Zeitungen, die von vornherein Partei sind; da helfen nur solche, die bereit sind, der Regierung eine Schonfrist der Unterstützung zu geben, die aber auch mit Argumenten, nicht mit Ressentiments oder billiger Polemik, offiziell Politik unter die Lupe der Kritik nehmen.

Je weniger parlamentarische Institutionen in der Lage sind, argumentierend Politik mitzugestalten, desto wichtiger sind Zeitungen, die den Regierenden das Leben unbequem machen. Das ist richtig zu verstehen. Es ist nicht ein Argument für den modischen Enthüllungs-Journalismus als solchen, sondern für einen Journalismus, der gründliche Recherchen mit klarer, für den Leser kontrollierbarer Argumentation verbindet.

Das macht sich auch der Tages-Anzeiger zur Aufgabe: recherchieren, argumentieren - Dinge auf den Tisch legen statt sie einfach vom Tisch wegfegen. Ein Grundsatz, der ein Grund sein könnte, den Tages-Anzeiger zu abonnieren. Noch ein Grund: **Als Student bekommen Sie den Tages-Anzeiger mit dreissig Prozent Rabatt.**

Ich möchte den Tages-Anzeiger einmal näher kennenlernen. Gratis, zwei Wochen lang.

Ich möchte den Tages-Anzeiger abonnieren und von den dreissig Prozent Studentenrabatt profitieren.

Ich wünsche folgende Zahlungsweise:

vierteljährlich Fr. 23.60 jährlich Fr. 92.40
 halbjährlich Fr. 46.70

Vorname, Name

8003

Fakultät, Semester

Strasse

PLZ, Ort

(Bitte legen Sie eine Kopie Ihrer Legi bei.)

Tages-Anzeiger

Aus «Forderungen eines liberalen Zeitgenossen an die Zeitung», Referat von Prof. Ralf Dahrendorf, auszugsweise im Tages-Anzeiger vom 28.11.1979 erschienen.



Vorstand: Marianne Müller, Marianne Ulmi, Stephan Andreggen

Was an der Uni nicht gelehrt werden darf

Gegenskrift

Am 28./29. Juni 1979 streikten die Berner Ökonomen gegen ein neues Studienreglement. Am mehreren Veranstaltungen während des «produktiven Streiks» diskutierten Studenten aus allen Fakultäten nicht nur über das Was. Die Frage nach den einseitigen Studieninhalten wurde aufgeworfen. Eine Reihe von Referenten wies in Originalbeiträgen auf die «Weisheiten» in universitären Lehrbüchern hin und skizzierte alternative Ansätze. Diese Beiträge, die von den Referenten grösstenteils noch überarbeitet wurden, liegen nun zusammen mit studentischen Artikeln in einem «Gegenskrift» vor. Sie sind in drei Themenkreise gegliedert:

- **Schweizerische Bildungspolitik: Ende der sozialen Selektion?** Mit
 - Hans Hehlen, Autor des Buches «Bildung als Herrschaftsmittel von Menschen über Menschen»
 - Nationalrat Alfons Müller-Marzohl
- **Energie, Technologie, Rationalisierung: Problemloses Wachstum? Mit**
 - Theo Ginsburg, ETH-Umweltspezialist
 - Beat Kappeler, Gewerkschaftssekretär
 - Werner Mäder, ehemaliger Mitarbeiter des Gottlieb-Duttweiler-Instituts
- **Wirtschafts- und Klassenstruktur der Schweiz: Ende der Klassengesellschaft? Mit**
 - Ruedi Strahm, SPS-Zentralsekretär
 - François Höpflinger, Soziologisches Institut Zürich
 - Jürg Frischknecht, Mitglied des Demokratischen Manifests
 - Otto F. Walter, Schriftsteller

Das «Gegenskrift» umfasst 128 Seiten, ist gebunden, und der Verkaufspreis beträgt nur 3 Fr. (Druck-Selbstkosten).
Bestellungen: Studentenschaft der Uni Bern (SUB), Erlachstrasse 9, 3012 Bern, Telefon (031) 23 00 03. Studentische Buchgenossenschaft Bern, Uni-Hauptgebäude.
Polybuchhandlung Zürich
Studentischer Buchladen bei der Zentralstelle der Uni Zürich
Studentenschaft der Universität Basel (StuB)

Ein Strafprozess gegen 10 Berner Studenten macht aktenkundig:

Von Christian Moser Bern

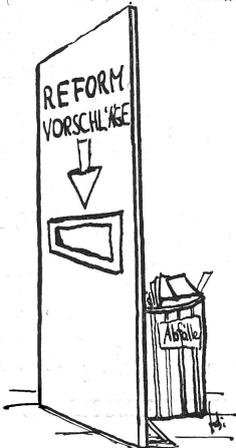
Uni-Leitung hat lieber Polizei als Diskussion

Trister Höhepunkt der langjährigen Zusammenarbeit zwischen der Berner Universitätsleitung und der Polizei: Dieser Tage stehen zehn Studenten, der Nötigung angeklagt, vor dem Strafgericht des Amtsgerichts VII in Bern. Dass dabei der ehemalige Bundesanwalt und heutige Jus-Professor Hans Walder eine üble Rolle spielt, ist weiter nicht erstaunlich.

Mit dem Stellenantritt von Professor Niehans im Wintersemester 1977/78 begann an der Uni Bern ein Skandal, dessen (politische) Ende noch nicht abzusehen ist. Ausgangspunkt war ein von Niehans initiiertes revidiertes Studienreglement für die wirtschafts- und sozialwissenschaftliche Abteilung*. Die Fachschaft protestierte gegen den Entwurf mit der Begründung, er verschule das Studium, bevorzue die Studenten und schaffe alle Voraussetzungen zu inneruniversitärer Selektion. Die Fachschaft beantragte eine gemischte Kommission, welche vor der eigentlichen Revision die Mängel des gültigen Reglements ermitteln und aufgrund der Ergebnisse dieser Untersuchung Perspektiven für die Revision erarbeiten sollte.

Streik und «Go-in»

Die Abteilung ging aber nicht auf diese Anträge ein und begann mit der Beratung des Niehans-Entwurfs, an dem auch «Soziologie»



Wort «Streik». An einer Urnenabstimmung sprachen sich bei einer Stimmbeteiligung von fast 50 Prozent 80 Prozent für einen zweitägigen Streik aus.

Dieser fand dann am 28./29. Juni 1979 statt und war ein voller Erfolg. Nicht nur die Jus-Studenten (die derselben Fakultät angehören wie die Wirtschafts- und Sozialwissenschaftler), sondern auch Studierende anderer Fakultäten solidarisierten sich. Wie kaum anders zu erwarten war, nahm die Professorenchamber vom erfolgreichen Streik kaum Notiz und beschloss, das Reglement zu verabschieden. Die Studenten, zu einer letzten Massnahme «ge-nötigt», versammelten sich deshalb am 5. Juli 1979 im Uni-Hauptgebäude und wählten eine 20köpfige Delegation, die an der Fakultäts-sitzung teilnehmen sollte, um einen letzten Versuch zu unternehmen, die gemischte Kommission doch noch durchzusetzen. Der mit Blumen «bewaffnete» Delegation gewährte Dekan Bucher tatsächlich Einlass. Ein ordentlicher Studentenvertreter verlas eine Resolution.

Fotograf Walder

Was danach geschah, wird auf das besondere Betreiben von Ex-Bundesanwalt Hans Walder (Jus-Dozent an der Berner Uni) von der Justiz als «Nötigung und Hinderung einer Amtshandlung» ausgelegt. Dekan Bucher, zu einer Diskussion mit den Studenten nicht bereit, untersagte auch seinen Kollegen das Sprechen und verlegte die Fakultäts-sitzung kurzerhand von der Uni ins nahe gelegene Obergericht. Zuvor hatte Walder die Studenten fotografiert und die Bilder, nachdem er die gerichtspolizeiliche Ermittlung angezettelt hatte, den Untersuchungsbehörden überreicht. Walder sagte aus, dass bei dieser Aktion der Studenten klar und eindeutig der Tatbestand der Nötigung erfüllt worden sei.

Während der Sommerferien 1979 blieb es ruhig, doch im Spätherbst verabschiedete die Berner Regierung das Reglement endgültig. Sie folgte den Professoren, ohne die studentische Argumentation auch nur zur Kenntnis zu nehmen. Erziehungsdirektor Favre, vom «Berner Student» in dieser Sache interviewt,

wusste noch fünf Tage vor dieser Verabschiedung durch die Regierung überhaupt nichts über dieses Reglement; dies hinderte ihn jedoch nicht, es seinen Kollegen schmackhaft zu machen.

Ende September erhielten die Studenten Kenntnis vom gerichtlichen Ermittlungsverfahren. Anfang 1980 dann wurden zehn Studenten einvernommen. Sie konnten dank Walders Fotos durch Zeugen (Rechtsausens-Professoren) eruiert werden. Dabei spielte die überassistentin Meyer vom Soziologischen Institut eine besonders trübe Rolle. Sie stellte sich zur Verfügung, die Walder-Fotos mit denjenigen, die in der Unikanlei von jedem Studenten archiviert sind, zu vergleichen. Auf diese Art wurden dann eben zehn erkannt. Alsbald flatterte ein Strafmandat ins Haus: 200 Franken Busse wegen Nötigung und Hinderung einer Amtshandlung, lautete der richterliche Bescheid. Selbstredend erhoben alle gegen das Mandat Einsprache. Am 9./10. Juni 1980 findet die Hauptverhandlung vor dem Gerichtspräsidenten VII in Bern statt.

Artikel 181 des Schweizerischen Strafgesetzbuchs kommt den Repressionsbehörden immer wieder entgegen. Die «Nötigung» scheint wie geschaffen zur Verfolgung studentischer Aktionen. Bereits anlässlich der «Hirschy-Krawalle» fanden die Justizler hier den Aufhänger und verurteilten einen Studenten zu 15 und drei zu 7 Tagen Gefängnis bedingt. Das Bundesgericht wies eine Nichtigkeitsbeschwerde ab. Dabei ist dieser Artikel Gegenstand der Kritik von Rechtslehrern. Prof. Günter Stratenwerth etwa findet die Generalklausel «durch andere Beschränkung der Handlungsfähigkeit» höchst bedenklich und unter «rechtsstaatlichen Gesichtspunkten viel zu unbestimmt». Aber gerade diese Unbestimmtheit ermöglicht auch im jüngsten Fall wieder eine Verfolgung, die von den liberalen Professoren als übertrieben und der Sache nicht dienlich qualifiziert wird.

... und immer wieder Polizei

Während des oben beschriebenen Streiks und auch danach bei der Mitbestimmungsaktion im Fakultätszimmer stand die Berner «Hermandad» auf Piktet. Was zuerst wieder bestätigt noch entschieden dementiert worden war, steht heute aktenkundig fest: Die Leitung der Berner Uni meint auch heute noch, inneruniversitäre Probleme mit einem möglichst grossen Polizeiaufgebot lösen zu können. Kenner erinnern sich, dass diese Ansicht

schon früher die herrschende war. Vom Fall Hirschy (9. 2. 1973) war bereits kurz die Rede; damals wurde auf den Einsatz der Polizei verzichtet, doch erklärte daraufhin Rektor Nef, eine der wichtigsten Erkenntnisse dieses Freitagabends sei die «Notwendigkeit von Vorkehrungen zum Schutz der Grundrechte». Sie brauchten nicht lange zu warten, um diesen Schutz zu gewährleisten. Die skandalöse Beru- gung des Altphilologen Rüegg als Soziologie- professor führte zur Besetzung des Instituts. Polizeigründerei und Zivilpolizei räumten



das Institut. Vier «Rädelsführer» wurden herausgepickt und abgeurteilt. Während des Prozesses gegen diese vier gab's nochmals Polizei, um gegen diejenigen vorzugehen, welche gegen die «Polizei an der Uni» demonstrierten. Leider schon mehrere Jahre zurückliegende Zitate von Dozentenseite zeigen, wie es auch sein könnte: «Die Polizei ist ihrer Natur nach der Universität völlig fremd. Die universitären Unruhen bedeuten weder ein Verkehrschaos noch die Ausübung eines Verbrechens. Sie sind die Forderung nach einem internen Dialog, wie er bisher ungenügend, an manchen Orten überhaupt nicht stattgefunden hat.» (Prof. Mercier, Rektor, im Jahresbericht 1967/68 der Uni Bern). Und im Februar 1975 beendeten 35 Dozenten, dass die Reaktion der Universitätsleitung in Sachen Soziologisches Institut den Rahmen der Verhältnismässigkeit gesprengt hätte. Wo bleiben heute solche Stimmen?

Falsche Betroffenheit

Korrektur zu «Keine Mütter in Männerberufen» in «das Konzept» 5/80. Beim im Bericht erwähnten Professor A. von der Universität Bern handelt es sich um ein unglücklich gewähltes Pseudonym. Der tatsächlich existierende Professor A. kann aufpassen. Ihn haben wir ausdrücklich nicht gemeint.

VSS-Seminar «Für eine gerechte Ausbildungsfinanzierung» diskutiert das «Lausanner Modell»

Studiengeld – kein Sonderrecht für Bürgerkinder

Von Marianne Ulmi, Präsidentin VSS

Weil es den Lehrenden nicht gutgeht, sollen es auch die Studierenden nicht besser haben... Im letzten «konzept» wurde der VSS eine Sozialpolitik nach diesem Motto beizugehen. Entnommen wurde die Information einem Kommentar zum Lausanner Modell, der am VSS-Seminar «Für eine gerechte Ausbildungsfinanzierung» gemacht und in der «NZZ» geschrieben wurde. Dies gibt uns Anlass, den Stand der Diskussion etwas tiefer aufzuzeigen.

Der 68er Geist ging bekanntlich sogar an der Schweiz nicht ganz spurlos vorbei, auch am VSS nicht. Am nachhaltigsten drückte sich das vielleicht im Entwurf «Lausanner Modell» (LM) aus, einem Projekt zur *elternunabhängigen Finanzierung der Ausbildungs- und Lebenskosten für mündige Schüler und Studenten*. Das LM hätte das gesamte Stipendienwesen durch ein Darlehenssystem mit solidarischen Rückzahlungsbedingungen ersetzt.

Was war das Lausanner Modell?

Die Zielvorstellungen des LM waren kurzfristig:

- Erhöhung des prozentualen Anteils der Studenten aus unteren Schichten der Gesellschaft als Beitrag zur Erreichung der Chancengleichheit
- Verbesserung der sozialen Lage der Studenten (Abbau der Konfliktsituationen, die durch finanzielle Probleme verursacht sind)
- Verwirklichung der tatsächlichen Mündigkeit der Studenten und Schüler der höheren Ausbildung
- reale Öffnung aller Bildungswege für die mündigen Schüler und Studenten aller sozialen Schichten.

Langfristig sollten die soziokulturellen und psychologischen Hindernisse, die der Chancengleichheit im Wege stehen, abgebaut werden. 1972 wurde das LM als Initiative eingereicht, 1974 durch das Initiativkomitee wieder zurückgezogen. Nicht in erster Linie die abschlägigen Berichte des Parlamentes, sondern vor allem die Ablehnung durch die Arbeiterbewegung und beachtliche studentische Kreise selbst geben Ausschlag dazu. Denn die Hauptfrage war schon damals:

Ist das LM ständisch?

Oder: Könnte Chancengleichheit auf dem Weg der freiwilligen Solidarität unter den Akademikern tatsächlich erreicht werden? Gerade jene Bürgersöhne und -töchter, die mit einem regelmässigen «Studentenlohn» von ihrem Vater rechnen könnten, würden

eine solche Darlehenskasse doch nur in den seltensten Fällen benutzen. Aber auch dem Einwand, dass sich der Bezug von Darlehen, solidarische Rückzahlungsbedingungen hin oder her – hemmender auf jene Studenten auswirken, die nicht eine Erbschaft erwarten könnten, als es beim Bezug von Stipendien der Fall ist, kann das LM kaum standhalten. Ganz scharf drückte die revolutionäre Studentenerziehung Zürich diesen Mangel aus: sie bezeichnete das LM als «eine Initiative... zum Zwecke der Vermeidung von Konflikten zwischen bürgerlichen Eltern und deren Töchter Kosten der arbeitenden Bevölkerung» bezeichnete. Ständisch war das LM aber sicher darin, dass es sich auf die Finanzierung von Hochschulausbildung beschränkte; berufliche Ausbildungen, Weiterbildungs- und Umschulungsfinanzierung wäre damit nicht geregelt gewesen. Damit hätte es aber den Sonderstatus der Studenten noch untermauert.

Wie weiter?

Das ist klar: Das Stipendienwesen ist nach wie vor unbefriedigend. Die Verbesserungen Anfang der siebziger Jahre – sicher wesentlich durch das LM angeregt – wurden den Vorstellungen des VSS nie gerecht und werden jetzt sukzessive wieder rückgängig gemacht, drohen sogar massiv hinter den damaligen Stand zurückzufallen.

Wenn wir das LM als ein ständisches Modell zurückweisen, heisst das nicht, dass wir die Elternunabhängigkeit einfach begraben wollen. Aber wir haben Forderungen zur Ausbildungsfinanzierung dahingehend verändert und ergänzt: **Bedarfsdeckung** Die Ausbildungs- und Lebensunterhaltskosten des Studenten und des Lehrlings müssen existenzsichernd gedeckt sein. **Elternunabhängigkeit:** Die Möglichkeit einer elternunabhängigen Ausbildungsfinanzierung soll allen rechtlich Mündigen eingeräumt sein. (Vorgeschlagen wurde am VSS-Seminar etwa ein System, das grundsätzlich jedem in Ausbildung Stehenden die Möglichkeit zu Darlehen im Sinne des LM bieten würde, darüber hinaus aber den bisherigen Stipendienbereich

tigten weiterhin eine nicht rückzahlbare Ausbildungsbeihilfe gewähren würde. Damit wären die Startchancen für Leute aus sozial schlechter gestellten Schichten tatsächlich besser.)

Gesamtschweizerische Gleichbehandlung/Bundeskompetenz: Das heutige Stipendienwesen kennt in den verschiedenen Kantonen sehr unterschiedliche Standards für Zuspache und Bemessung der Stipendienleistungen, was generell zur Benachteiligung der ärmeren Schichten aus finanzschwachen Kantonen führt. Da offenbar die Kantone nicht fähig sind, durch Harmonisierung ihrer Stipendienwesen diesem Chaos Herr zu werden, bleibt nur der Weg über die Bundeskompetenz: Der Bund muss die Gleichbehandlung aller in der Schweiz Ansässigen, in Ausbildung Stehenden garantieren. **Gleichbehandlung aller in (Aus-)Bildung Stehenden:** Eine existenzsichernde Ausbildungsfinanzierung muss in allen Bereichen garantiert werden. Die verschiedenen zur Verfügung stehenden Finanzquellen müssen von der öffentlichen Hand koordiniert und wo nötig ergänzt werden.

Die Diskussion am Seminar hat deutlich gezeigt, dass solche Forderungen nur unter einer gesamtgesellschaftlichen Optik haltbar sind. Und hier stellen sich dann auch die Probleme ein, die wir im Hinblick auf einen neuen Vorstoss im Ausbildungsfinanzierungssektor noch lösen müssen: Ist es verantwortbar, ein verbessertes Ausbildungsfinanzierungssystem (etwa im Sinne eines ergänzten LM) vorzuschlagen, ohne dass wir uns um die dafür notwendige Finanzbeschaffung kümmern? Oder: sollen wir konsequenterweise eine Reichtums-Bildungssteuer auf hohen Einkommen anstreben? Inwiefern müssen sie überhaupt langfristig kohärent sein?

Sicher aber wissen wir nach dem Seminar: Wir wollen eine Veränderung in der Ausbildungsfinanzierung. Denn ein ungenügendes Stipendienwesen ist eines der direktesten Mittel zur sozialen Diskriminierung. Wie unser Vorstoss genau aussehen wird, wird weitgehend von der Beantwortung der oben skizzierten Fragen abhängen.

Marianne Ulmi

Berner Studenten lancieren Uni-Gesetzesinitiative

Die Studentenschaft der Uni Bern hat sich an ihrer Generalversammlung für die Unterstützung der vom Basiskomitee vorbereiteten «Initiative zur Totalrevision des Unigesetzes» entschieden. Dies, obwohl sich der Studenterrat für eine Ablehnung entschlossen hatte. Damit sollte eine Lancierung gegen Ende dieses Jahres nichts mehr im Wege stehen.

Am vollständig formulierten Initiativtext (dies übrigens ein Novum für den Kanton Bern) werden nur noch einige geringfügige Modifizierungen vorzunehmen sein. Die bestehende Fassung beinhaltet Forderungen, die in den letzten Jahren von studentischer Seite immer wieder aufgetaucht sind:

- Den Hauptpunkt des Entwurfs bildet die **Mitbestimmung**. In allen Organen der Uni soll die partizipative Mitbestimmung (inkl. des technischen Personals) verankert werden.
- Um die Mitbestimmung inhaltlich geltend zu machen, wird sie an eine **dezentrale Struktur der Verwaltung** gekoppelt. Die Entscheidungskompetenzen werden so weit als möglich auf die einzelnen Institute, Kliniken, Fachgruppen übertragen.
- Eine gewisse **öffentliche Kontrolle** der Universität soll gewährleistet sein, indem der Uni-Rahmenplan dem fakultativen Referendum unterliegt.
- Die Sicherung des freien Zugangs zur Uni und die Verbesserung der Chancengleichheit in bezug auf qualifizierte Hochschulbildung durch die Erleichterung des zweiten Bildungsweges sollen bestätigt bzw. eingeführt werden.

Dieser Entscheid für die Initiative, von einer deutlichen Mehrheit der etwa 600 anwesenden Studenten, darf zugleich als Auftakt zu einer offensiven und eigenständigeren Politik der Berner Studentenschaft verstanden werden. Die Initiative wird vom **Basiskomitee** im Rahmen einer längerfristigen Strategie gegen die extrem restaurative Bildungspolitik der Fakultäten und der Berner Regierung verstanden. Sie stellt eine Möglichkeit dar, gegen

Professor Rüegg wesentlichen Anteil hatte. Am 21. Juni 1978 verabschiedeten 96 Studenten der Abteilung eine Resolution, in der sie sich gegen die geplante Reglementsrevision aussprachen. Hearings, Vernehmlassungen und Aktionen fruchteten nichts. So stand denn auf der Einladung zur Fachschafts-Generalversammlung vom 13. Juni 1979 das

* Vgl. «das Konzept» 4/80 «Was taugt die Mikroökonomie des Berner Professors Jürg Niehans?»

Interview mit dem Zürcher Jugendarbeiter Umberto Blumati:

Kultur als Revolte

«das Konzept»: Am ersten Juniwochenende vor dem Opernhaus – war das die gleiche Ausgangssituation wie beim Glöbus-Krawall? Die damals anstehenden Probleme wurden ja in den letzten zehn Jahren nicht gelöst. Noch immer gibt es in Zürich kein autonomes Jugendhaus.

Umberto Blumati: Diese Einschätzung ist richtig. Die Jugendlichen wollen einen Ort haben, wo sie sich treffen, diskutieren, Feste organisieren können. Ein solcher Ort war zum Beispiel das

gerlichen Sinn zu bilden. Aber man will ja gar keine Bürger, die politisch denken.

Ein weiteres Beispiel ist das Drahtschmidli. Dort wird jetzt zugunsten des Milchbuck der grösste Raum geopfert (Disco, Kleintheaterbühne, Treffpunkt). Trotz einer von 1250 Benutzern unterschriebenen Petition für neue Räume, konnte die Stadt keinen akzeptablen Ersatz anbieten. Auch die «Freaks am Frütli», eine Gruppe, die im Polyfoyer vor allem Konzerte organisierte, wurden abgelehnt. Im Musikrestaurant «Concordia» dürfen keine Jazz- und Rock-Konzerte mehr stattfinden. Der Jugendtreff in Schwamendingen scheiterte an der Sturheit und Schwerfälligkeit der verantwortlichen Stellen usw. Die wenigen grösseren Konzerte mit Massenandrang wurden vom Kommerz («Blick», «Good News») aufgesogen. Selbst das grösste Jugendfest Zürichs auf der Allmend blieb dieses Jahr nicht vom Zugriff des Kommerz verschont. Als aber Polo Hofer mit seinem «Schmetterling» gar die Werbetroffel für «Radio 24» und für eine Modeboutique rührte, wurde er ausgepöflet.

Im Fernsehen sagte Stadtpräsident Sigi Widmer, die Stadt gebe jährlich 10 Millionen Franken für die Jugend aus. Wohin geht denn eigentlich dieses Geld?

Es kann sein, dass tatsächlich 10 Millionen ausgegeben werden, aber da fallen verschiedene Posten darunter: Allein die Freizeitanlagen brauchen vier Millionen. Die Freizeitanlagen sind ein Werk der Pro Juventute, die bis Mitte der sechziger Jahre das Konzept hatte, die Frei-

auf etwa 475 000 Franken. Und davon profitieren vorwiegend die etablierten Jugendlichen, die in Jugendchören und -orchestern mitmachen. Solche Sachen werden massiv unterstützt. Ungefähr ein Prozent dieser 475 000 Franken geht dann noch an die übrige Jugendarbeit. Keine Unterstützung haben zum Beispiel Popkonzerte oder andere Anlässe dieser Art: Das Friedensfest, das ein Defizit aufwies, erhält kein Geld von der Stadt. Also immer wenn die Jugendlichen selbst etwas organisieren, bekommen sie nichts.

Gibt es ausser der Misere der zürcherischen Jugendpolitik noch andere Gründe für diesen plötzlichen Aufbruch?

Die Jugendlichen sind heute einem entpersönlichten System gegenübergestellt. Sie können kaum erkennen, was sie bedroht, unglücklich macht, verunsichert. Unsere Gesellschaft ist anonym und gewalttätig. Bei vielen ist die Aggression, die Gewalt, die kein Ziel mehr findet, gegen sich selbst gerichtet. Anpassung, Resignation, Depressionen und am Schluss die Drogen. Seit so etwas wie eine strukturierte Bewegung existiert, zum Beispiel «Rock als Revolte» – die Leute, die auch die teuren Konzerte sprengen –, entwickelte sich wieder ein Bewusstsein, im Sinn: «Wir haben unsere eigene Kultur.» Die Zürcher Jugend wird selbstbewusst, weiss wieder etwas mit ihrer Freizeit anzufangen, stellt Forderungen nach mehr Autonomie, Selbstbestimmung, nach Jugendtreffs usw.

Was beinhaltet denn diese Autonomie?

Autonomie heisst nicht Autarkie (Selbstversorgung). Ich meine damit, dass die Jugendlichen die zur Verfügung gestellte Infrastruktur selber verwalten sollten, soweit sie dazu imstande sind. Sie sollen auch darüber mitentscheiden können, wer ihnen dabei hilft, also bei

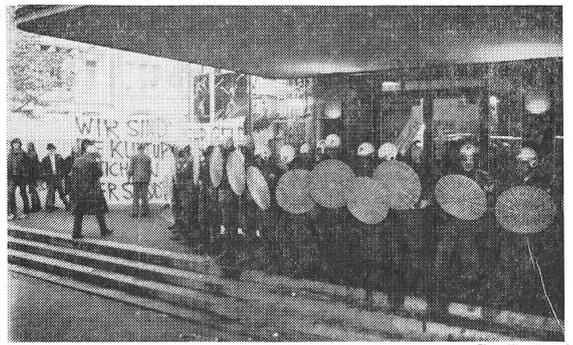


Photo Klaus Rozsa

Vor dem Zürcher Opernhaus trafen zwei grundverschiedene Kulturen aufeinander: eine ängstlich verteidigende und eine beängstigend aggressive, eine alte und eine junge Kultur eben. Sigi Widmer sagt in vornehmer Toleranz: «Ob Popkonzerte zur Kultur gehören, möchte ich bewusst offenlassen.» Und entscheidet faktisch, indem er ihre Subventionierung «für problematisch hält» (mit der Begründung, die Billette würden ja auch so – teuer – verkauft). Junge sagen da viel offener, wenn sie Opern einen Scheiss finden. Verhindern tun sie eine weitere 60-Millionen-Spritze aber damit nicht – und wenn sie sich mit Händen und Füssen wehren. In diesem ungleichen Machtkampf erstreckt sich elterliche Gewalt auch aufs öffentliche Leben, die Kultur.

Kein Wunder, wenn die Jungen die gegenwärtigen Auseinandersetzungen ganz stark als Autoritätskonflikte erleben. (Dass Stapi Widmer und Emilie Lieberherr aus ihrer väterlichen bzw. bemutternden Rolle nie herausgekommen sind, sieht ausser Frage.) Kein Wunder auch, dass dieser Autoritätskonflikt nicht von selber verschwindet, wennesumdie politische Elternschaft einer solchen Bewegung geht. Nur noch die «NZZ» setzt in unerschütterlichem Glauben die Opernhaus-Demonstranten mit «linksextrimestischen Elementen» gleich. Etwas näher an der Sache wird's sehr viel komplizierter. Die Rechten, ja diemachensich's einfach, etablieren sich bei diesem Wutausbruch der Jungen einmal mehr als strenge bis nachsichtige Patriarchen.

Die Linke, wohl besonders die neuere, freut sich zwar mit mehr oder weniger

Rebels with a cause

Verhalten über diesen Überraschungsangriff aufs Bürgerum. Aber in langjähriger geduldiger Politarbeit haben sich die meisten daran gewöhnt, mit der Vergangenheit und ganz besonders mit der Zukunft zu rechnen: Was ist eine Aktion ohne Perspektive? Lässt sich das «Führungsproblem» auf die Dauer umgehen? Wo sind kleine «historische Kompromisse» allenfalls angebracht? Wird man als «ungeordneter Haufen» vom «Gegner» überhaupt ernst genommen? Und was dergleichen Fragen mehr sind.

Doch hinter der ganzen Vernunftlei steckt doch wohl oft auch die Bange: auf einmal nicht mehr dazugehören zur Opposition, auch noch bei dieser Minderheit out zu sein. Die Angst, dass die ganze politische Arbeit umsonst war, wenn man sie jetzt nicht «voll einbringen» kann. Und wenn man das versucht, die Furcht davor, doch aufs falsche Ross gesetzt zu haben. Plötzlich ist die Bedrohung da: dass nicht nur das kaputtgemacht wird, was einen kaputmacht, sondern auch das, was man in gutem (linkem) Treu und Glauben aufgebaut hat. Vielleicht stürzt sich mancher in den Tumult rein, um ja nicht zum linken Etablissement gezählt zu werden. Bereit, dafür sein Linksein herzuzugeben, wenn's sein muss (die Etikette wenigstens). Nützt wohl alles nichts. Es gibt eine neue Generation mit eigenen Forderungen und Kämpfen. Und wir sind auf die eine oder andere Art gezwungen, die neuen Väter und Mütter.

Liselotte Suter, Ruedi Küng

Schindlergut, wo Ansätze einer guten Jugendarbeit bestanden. Man engagierte keine Jugendarbeiter im eigentlichen Sinn, sondern stellte einer Wohngemeinschaft im selben Haus Räume zur Verfügung. Diese Leute hatten den Auftrag, den Jugendtreffpunkt zu ermöglichen. Aber schon bald begann die Hetze: Frau Lieberherr kam zu Ohren, dass Jugendliche schon dort übernachtet hatten, und der «Blick» machte eine grosse Story daraus. Mit Schlagwörtern wie «Konfliktjugendliche», «Kommune», «Anarchisten» kriminalisierte man diesen Versuch. Konsequenz: Die Leute wurden unter enormen Druck gesetzt, und das Schindlergut wurde geopfert. Dabei hatten die Jungen begonnen, selbständig Anlässe zu organisieren, zum Beispiel eine AKW-Woche, um sich im staatsbür-



Stadtpräsident Sigi Widmer an der Vollversammlung vom 4. Juni im Volkshaus: «Ich kämpfe seit Jahren für ein Jugendhaus!»

Sparen am falschen Ort

Im Gespräch mit René Nisbaumer, Adjunkt des Sozialamts der Stadt Zürich und Mitautor des neuen Zürcher Jugendkonzepts, erhielt «das Konzept» folgende Auskünfte:

- Die von Stadtpräsident Widmer am Fernsehen genannten Ausgaben von 10 Millionen Franken pro Jahr für die Zürcher Jugend sind schwierig nachzuprüfen. Als eindeutige Budgetposten erscheinen in der jährlichen Rechnung der Stadt zum Beispiel ein Betriebszuschuss von 3,5 Millionen an die Zürcher Freizeitanlagen; 875 000 Franken Betriebszuschuss an das Jugendhaus Drahtschmidli; 30 000 Franken für die Einrichtung von Jugendtreffs.
- Die Bezeichnung Betriebszuschuss könnte jedoch leicht irreführen, denn in der Praxis verbleiben von den 3,5 Millionen für die Freizeitanlagen nach Abzug der Personalkosten noch 200 000 Franken als eigentlicher Beitrag zur Finanzierung von Aktivitäten, von den 875 000 Franken ans Drahtschmidli nach Abzug von Personalkosten und Unterhalt gar nichts mehr.
- Bei grösseren Veranstaltungen, welche von Jugendlichen organisiert werden (zum Beispiel Jugendfestival, Friedensfest usw.), ist gemäss Stadtratsschluss gar keine Defizitgarantie möglich! Dagegen kann indirekte «Unterstützung» durch das Jugendamt oder das Sozialamt angeboten werden, etwa der Kinderhütendienst beim Jugendfestival Hängenberg...
- Falsche ist, dass nicht alle Jugendorganisationen die gleichen Möglichkeiten haben, zu Unterstützungsbeiträgen der Stadt zu kommen. Dies hängt damit zusammen, dass Jugendpolitik Teil und Ausdruck der gesamten Gesellschaftspolitik ist, und da herrscht im Gemeinderat ein Patt zwischen konservativen und massig fortschrittlichen Kräften.

zeit der Jugendlichen für Bildung auszunutzen. Es hiess nie, die wollen den Pausch haben, sich erholen, kreativ werden. Es war ein falsches pädagogisches Konzept. Heute heisst es, man dürfe die Jugendlichen nicht ghettoisieren, man müsse Freizeitzentren schaffen, in denen alle Platz hätten. Aber den Jugendlichen zwischen 14 und 20 Jahren wurde nie Platz angeboten. Erst mit der Zeit konnte man in einigen Freizeitanlagen erreichen, dass ein Jugendarbeiter eingestellt wurde. Die haben nicht mitgekriegt, dass der Jugendliche in einem bestimmten Alter – auch vom entwicklungspsychologischen Aspekt her betrachtet – gar nicht die Möglichkeit hat, sich zusammen mit Erwachsenen und Kleinkindern in einem Freizeitzentrum zu treffen und für diese Leute etwas zu machen. Der Jugendliche braucht viel mehr eigenen Raum für seine Selbstfindung. Die Krise der Adoleszenz ist eine Selbstfindungskrise. Die Pro Juventute berücksichtigt das nicht. Dies ist a u c h ein Grund, dass es in der Stadt Zürich kein Jugendhaus gibt. Erst etwa 1975 begann die Pro Juventute zu akzeptieren, dass die Jugendlichen auch eigene Räume brauchen. Sie ist die Organisation, welche die schlechte Situation in Zürich auffangen konnte.

Was passiert denn mit den sechs weiteren Millionen?

Eine Million wird fürs Drahtschmidli ausgegeben. Der Rest geht an Jugendheime, an das Jugendsekretariat, an Kinderkrippen, die auch unter das Ressort Jugendarbeit fallen, und an bestimmte Kindergärten usw. Diese 10 Millionen werden also nicht nur für Jugendliche im Alter von etwa 12 bis 20 Jahren verwendet. Die können für Säuglinge sein, für Mutterberatung. Die direkten Kulturinvestitionen an Jugendliche belaufen sich

der Wahl des Ihnen zustehenden Sozialarbeiters.

Und wie stellst du dich als «Jugendarbeiter» vor?

Meine Arbeit mit den Jugendlichen ist für mich im weitesten Sinne «Kulturarbeit». Kultur ist nicht einfach gesellschaftliche Erfahrung, Tradition, das heisst etwas Lernbares. Kultur heisst: das Leben selber gestalten, die eigenen Bedürfnisse erkennen und diese auch ausdrücken, eigene Entwicklung erfahren und leben.

Die «herrschende» Jugendarbeit macht hier einen entscheidenden Fehler. Sie glaubt durch problemorientiertes Handeln den Jugendlichen helfen zu können, läuft aber dabei Gefahr, Vordergründiges zu sehen, statt Grundsätzliches zu erkennen, also Symptombehandlung zu betreiben. Sie legt fest, was die Probleme der Jugendlichen sind, ohne diese danach zu fragen. Hier wird deutlich, dass es eigentlich nicht ihre Aufgabe ist, die Probleme der Jugendlichen zu lösen, sondern die Probleme der Gesellschaft, die diese mit den Jugendlichen hat, in den Griff zu bekommen. Die übliche «Jugendbetreuung» gibt vor, den Jugendlichen vor der Gesellschaft schützen zu wollen, ihm den Übertritt in die Erwachsenenwelt zu erleichtern, und bemerkt nicht, dass sie die Gesellschaft vor den Jugendlichen «bewahrt», dass sie Anpassungsleistungen abverlangt, Autonomiebestrebungen unterdrückt und die Fähigkeit, über sich selbst bestimmen zu können, den Heranwachsenden abspricht. Dass die Jugendlichen durchaus ihre Bedürfnisse formulieren können, zeigt sich schon an der Vielfalt der Ideen, welche die Jugendlichen gerade in den letzten Tagen entwickelten und ausser-

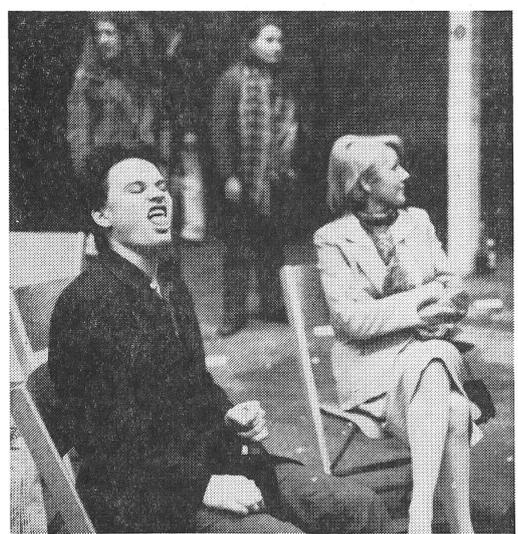


Photo Klaus Rozsa

Die Zürcher Jugend fordert:

1. Die vollständige Entwaffnung der unberechenbaren Polizeiorgane.
2. Für das unblutige Abhalten von Demonstrationen und Bürgerversammlungen ein der hiesigen Polizeiausrüstung angepasstes Schutzmaterial, oder...
- 2b. (als Ausweichvorschlag) Die sofortige Pensionierung und Aussendienststellung der unteren Polizeichefien sowie die unwiderrufliche Landesverweisung der hauptverantwortlichen Kader nach Moskau.
- Auf dem Terrain der alten und neuen Kultur:
3. Quartierereine Kleinopernhäuser im Zusammenhang mit den für die Volkshygiene so dringlichen Kleinhallenbädern und anderen Bedürfnisanstalten.
4. Die Umwandlung sämtlicher Fabrik-, Bahnhof-, Turn- und Gemüsehallen in

freie und friedliche Kulturzentren. Auf dem politischen Gebiet:

5. Die sofortige Evakuierung aller kulturell «kompetenten» Politiker in das Opernhaus zwecks Abhaltung von Neuwahlen unter ständigem Anhören von Opern- und Operettenmusik.
6. Auf Kosten der Stadtkasse ein Frischzellenverjüngungskur im Kurhaus «Jungfräulich» am Ägerisee für die verdienstvolle Vorsteherin des Jugendamtes Emilie Lieberherr. Für unseren verdienstvollen Stadtpräsidenten Sigmund Widmer die sofortige Absolvierung eines Umschulungskurses zwecks Modernisierung des kulturellen Bewusstseins mit dem Thema «Neuere Tendenzen in der abendlichen Kultur» in der Migros-Klubschule.

Unter dem Motto für eine neue Kultur:
7. Jede Fabrik eine Rote Fabrik!

* Öffentlich vorgebracht von der Umweltgruppe «Luft und Lärm» am Meeting vom 4. Juni im Zürcher Volkshaus, in Anwesenheit der Stadträte Bryner, Lieberherr und Widmer.

Zürcher Impressionen und Reflexionen nach dem ersten Juni-Wochenende

Die grosse Wut und ihre klammheimliche(n) Freu(n)de

Von O-the-Punk und Redshoe

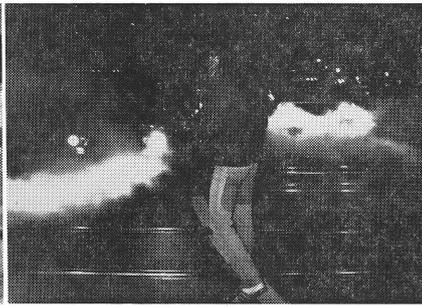
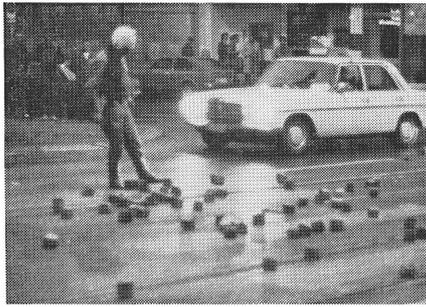
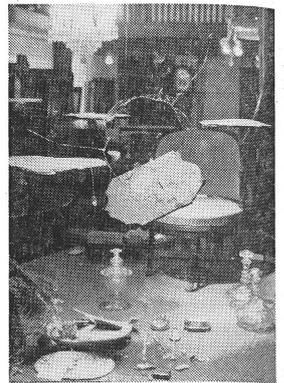


Photo Klaus Roesa

umfassend geäusserter Aggressivität, mit klaren Gefühlen und bemerkenswerter Widerspenstigkeit, ohne viel Worte oder gar «gesamtgemeinschaftlichen Perspektiven».

Nebst dieser Gruppe formierte sich an den Schauplätzen eine ungleich zahlreichere, heterogen zusammengesetzte Sympathisantenzone, die die Aktivisten praktisch, vor allem aber moralisch-atmosphärisch unterstützte und damit auch vor der Isolation bewahrte. Das gemeinsam lockere und offene Verhältnis zum Privateigentum und zur Gewalt bildete das verbindende Element, ermöglichte Solidarisierung konkret und im Moment, erlaubte heimliche und offene Freude, Gefühle der Anerkennung. Auffälliger und entscheidender Beitrag dieser sympathisierenden «Mehrheit» war, dass sie der bürgerlichen Rechtsordnung keinerlei Arbeit abzunehmen gewillt war, keine legalistischen Mahner und linken Ordnungsideologen ins Spiel brachte, die den Schwung der Aktivisten abgeblockt hätten. Das Neue: keine Spaltung zwischen den beiden Gruppen, sondern arbeitsteiliges Zusammengehen, fließende Grenzen. Wenn die einen taten, was sie fühlten, so dachten und empfanden die andern mit, was jene taten.



Das Bürgertum hat einen Sprung.

Gefühle:

Gegen Freitagabend um 24 Uhr entliess die Alltagswelt der Kinos, Tanzlokale, Kneipen oder Sitzungen ihre Insassen langsam auf die niederdörflichen Gassen. Beängstigend nahe schon winkte das Ende einer dieser unenträglich mittelmässigen und ordentlichen Tage, wie sie uns zuhauf zugemutet werden. Doch plötzlich kam Bewegung in die unbefriedigten Gemüter, als vereinzelt Tränengasschwaden vom Limmatquai her durch die engen Gassen hinaufkrochen. Man strömte hinunter, trat auf die Strasse, sah den Polizeiposten schwanken, das sonst so gut organisierte Chaos einer schlechten Ordnung wanken: nicht unter geistreichen Reden, politischen Resolutionen, Unterschriftenbergen oder artigen Demonstrationen, sondern unter spontanen Schlägen wütender und fröhlicher Jugendlicher.

ein nötiges, ersehntes und darum allein schon richtiges «Ereignis». Die Symbole der Ordnung mussten in diesen Tagen jedenfalls noch für weit mehr unbeglichene Rechnungen herhalten als nur für die alte Forderung nach einem eigenen Jugendzentrum.

Die Aktivisten und die Sympathisanten:

Als Motor und «gewaltfähiger Arm»

des neuen Jugendprotestes agierte eine eher kleine Gruppe entschlossener Macher grösstenteils jüngeren Alters. Keine Sprösslinge des Bildungsbürgertums, sondern mehrheitlich Stiffe und Gelegenheitsjobber waren die Aktivisten, welche sich in organisatorisch nur sehr losen, dafür lebenspraktisch bedeutsamen Strukturen der Musik-, Kommunen- und Gassenjournalszenen zusammenfanden. Sie traten auf mit angstfrei, spontan und

übrigen taktisch gar nicht so unklug, da erstere möglicherweise auf der politischen Verhandlungsbühne das erlitten kann, was letztere auf der Gasse reifen lässt. Die gegenüber 1968 veränderten Haltungen, Verhaltensdispositionen und Lebensgefühle der Kerngruppe der Protestjugend dürfen aber nicht eingeengt werden:

● Dominierend sind, wie oben festgestellt, eher proletarische bzw. subproletarische Typen aus unteren Schichten, weniger Mittelschüler und Studenten aus dem Bürgertum. Die entsprechenden Verhaltenskonsequenzen (Härte, Gewaltfähigkeit, Widerspenstigkeit) sind augenscheinlich.

● Aktivisten und Sympathisanten unterscheiden sich auch hinsichtlich ihres Politikverständnisses grundsätzlich vom nachträglich stilisierten Prototyp der 68er Jugend. Politik ist nicht mehr nur vorwiegend Sache des Kopfes, der theoretisiert und analysiert, sondern ebenso des Bauches, der gleichfalls eine politische Sprache entwickelt. Nicht länger mehr muss die eigene Subjektivität hinter den «objektiven Notwendigkeiten des Klassenkampfes» zurücktreten, wie von allen Linksparteien, alten und neuen, durchexerziert. Gewalt ist kein vornehmlich theoretisches Problem mehr; am zerstörten AKW-Pavillon, an den klärenden Schaufensterscheiben der Nobelläden darf man sich, vom politisch-moralischen Über-Ich weniger zensurierter, offen freuen. Die Orientierung der ehemaligen Jugend- und Studentenbewegung an der Kritischen Theorie z. B. Marcuses brachte ja, bei aller Gesellschaftskritik, unbeabsichtigt auch ein Element der Integration in eben diese Gesellschaft mit sich. Der neue Jugendprotest ist insofern ideologisch ungeleitet, zugelloser; diffus ist er deswegen noch lange nicht: die Objekte der Aggression sind jedenfalls stimmig: Polizeistützpunkte, gestopfte Lokale, Nobelgeschäfte.

Keine Einschätzung

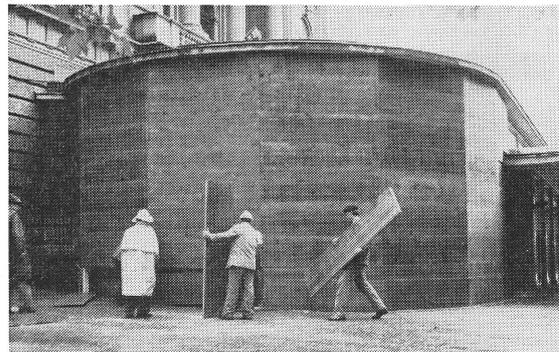
Dies will und kann keine Einschätzung des Phänomens in seiner realen Widersprüchlichkeit sein. Entgegen halblinker und linksliberaler Katastrophentimmen zeichnen sich jedenfalls Erfolge ab, so hinsichtlich Mobilisierung und Sammlung der Jugend oder einer objektiv besseren Verhandlungsposition in Sachen Stadtzürcher Jugendhaus. Von einer eigentlichen neuen Bewegung zu sprechen, erscheint noch verfrüht. Immerhin zeigen sich auch andernorts ähnliche Dispositionen bei den Jugendlichen, so etwa am 1. Mai in Holland bei der Thronerhebung der forschen Beatrix oder am 7. Mai in Bremen anlässlich der Nato-Jubelfeier.

Bewältigungsversuche der Krawalle durch die Politik

Presseschau:

Montags und dienstags die Stellungnahmen der Politiker, Parteien und Journale zu Gemüte geführt.

● FDP und SVP geben Mutmacher-Communiqués heraus, worin sie mit kriegerischen Sätzen ihre Erschrockenheit zu übertönen versuchen. Das schockierte Bürgertum fürchtet weitergehende Angriffe auf sein heiliges Privateigentum, so dass es die Polizei anfleht, mit «aller Härte und mit jedem als geboten erscheinenden Mittel» gegen die «Krawallbrüder» vorzugehen. Von den Forderungen der Jugendlichen natürlich kein einziger Ton. Hingegen sind Rechtsparteien und NZZ-Tante sofort mit der Drahtzieherthese zur Stelle, wonach die Gewalttaten «ihren Ursprung in der permanenten Hetze linker Politidemagogen haben» (SVP). Stadtpräsident Sigi Widmer, der seine hässliche Visage nicht mit Eiern bekleckert haben möchte, versteckt sich (mit den übrigen Stadträten) feige unter dem Rock der Knüppelpolizei, wagt die sogenannten «Spiel-



Unter dem Druck der Ereignisse wird die Opernhauskultur vorsorglich eingesargt.

regeln der Demokratie» nur in einem dünnen Communiqué, nicht aber auf der Strasse vor dem Volk zu verteidigen.

● Die mittleren Parteien LDU und EVP sind vor allem darauf bedacht, ihre richtige Vorstellung zu verdrängen, bei den Protestierern handle es sich um stadtzürcherische Jugendliche. So sind die Evangelischen überzeugt, dass «die Vandalen nicht identisch sind mit unserer Jugend», und der Landesring lehnt es ab, «die Jugend von Zürich mit diesem Böbelhaufen gleichzusetzen».

● Wieder anders verläuft der Bewältigungsversuch bei der parlamentarischen Linken, die allesamt die Zürcher Strassenoper säuberlich in gute und schlechte Teile zerlegen will. Am deutlichsten die SP, die «mit Befriedigung feststellt, dass auch die Polizei eine klare Trennung zwischen politischer Demonstration und Plünderungen gezogen hat.» Auch POCH und RML distanzieren «sich von den erfolgten Plünderungen», am schwächsten noch die PdA, welche die «Sachbeschädigungen an Gebäuden und Geschäften» bloss «nicht befürworten» will. Immerhin finden alle Linksparteien die Forderungen der Jugend berechtigt, desgleichen kritisieren sie die Kulturpolitik des Stadtrates. Besonders POCH und RML möchten die Ausschreitungen auf das «provokative Vorgehen der Polizei» zurückführen.

Reformlinke und der Aktivistenkern samt Sympathisantenkreis.

Mai 1980: Ein neuer Prototyp?

Die Reformer (Linke, «alte 68er», diverse «Sozialhelfer») haben flugs die bad guys von den good guys bzw. girls zu sondern versucht, aus letzteren eine «Bewegung» nach ihrem eigenen Bild, nach ihren nostalgischen Erinnerungen zu rechtgedacht. Anschliessend an die heiss-fröhlichen Nächte wurde sie am Sonntagabend und besonders am Dienstag der Öffentlichkeit in Form friedlicher Diskussionen und Umzüge vorgeführt, 68 hatte mit seinen Teach-ins, Sit-ins wiederzukehren, friedlich-gewaltlos, vor allem aber ohne diese grässlichen Plünderungsaktionen. Der Jugendprotest sollte in bekannte und damit weniger angsteinflössende Formen gebracht werden, damit er in einem geläufigen Schema bearbeitet und beeinflussbar werde.

Die Demonstrationen von Sonntag und Dienstag haben zwar diese legalistische Linie markiert, aber eben nur markiert; die zuvor sich manifestierende neue Qualität des Jugendprotestes ist damit nicht aus der Welt geschafft. Vielleicht ist die Dialektik einer legalistischen und einer aktionistischen Linie im



Plündern Sie!

Ihr Portemonnaie, Ihr Sparschweinchen, Ihr Bankkonto oder sonst etwas aber

abonnieren Sie das konzept

«das konzept», Jahresabonnement 20 Fr., Ausland 26 Fr. Aus technischen Gründen laufen die Abonnemente stets bis Ende Jahr.
Ich bestelle ein Abonnement «das konzept» (Zutreffendes ankreuzen)
 Juli 80–Dezember 80 für 10 Fr. (Ausland 16 Fr.)
 Juli 80–Dezember 81 für 30 Fr. (Ausland 36 Fr.)
 Unterstützungsabonnement (doppelter Betrag)
 Geschenkabonnement (Name des Beschenkten) hier eintragen, Adresse für Rechnung auf Zeitungsrand

Name, Vorname: _____

Adresse: _____ PLZ, Ort _____

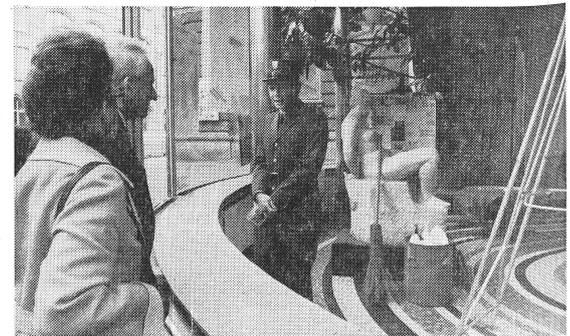
Beruf: _____ Datum: _____ dk 6/80

Talon einsenden an: «das konzept», Weinbergstr. 31, 8006 Zürich

Kommentar:

Doch wie ist das mit der säuberlichen Trennung? Offensichtlich lassen sich die Protestierer als handelnde Subjekte nicht aufteilen, sie haben zugleich politisch demonstriert und vandalisch gehandelt. Ihre Handlungen sind für sie Einheit; ein politischer Zugriff obiger Art muss ihre Motive verfehlen, sie bleiben folglich unverstanden. Der Bühnenauftritt der martialisch gerüsteten Polizisten bewirkte für die Jugendlichen nicht bloss den Affekt der Empörung, sondern klärte auch die Situation, indem der Gegner nun fassbar vor ihnen stand.

Insgesamt werden drei Welten sichtbar und zwei Abgründe, welche sie trennen: die entrüstet-verängstigte Bourgeoisie, die politisch-legalistisch verführende



Ein scheues Ja zum Opernhaus (53'000 : 45'000).